

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich, 30 M. jährlich, 30 Pf. für den Monat.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1.50 Mark pro Monat, 18 Mark pro Jahr.
 Eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat, 48 Mark pro Jahr.
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und der Schweiz.

Ersteinstig.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite über deren Raum 30 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 fertige Zeilen Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Telephon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 20. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Telephon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Um die werdende Generation.

Die Opfer, die der Weltkrieg der europäischen Menschheit auferlegt hat, sind schon ins Unermessliche gewachsen. Und jeder Tag, der über den ewigen Schlachtfeldern aufbricht, fordert neue Opfer an Gut, an Geld, an Menschen. Die Verluste an Gut sind schließlich, wenn auch schwer, zu ersetzen, die Opfer an Geld — tragen Zinsen. Die Opfer an Menschenleben dagegen sind für alle Zeit unerlässlich.

Die Abnahme des Bevölkerungszuwachses, die lange vor dem Kriege in Deutschland bemerkbar war, verursachte schon arge Vorkommnisse an vielen Stellen. Dieser Rückgang tritt jedoch gegenüber den durch den Krieg verursachten Verlusten an Menschenleben und männlicher Zeugungskraft ganz in den Hintergrund. Schon jetzt wird die Frage, wie diese Einbuße an Volkzahl und Volkskraft aufzubessern sei, sorgenvollen Herzen erörtert.

Da die Hoffnung auf einen baldigen zahlenmäßigen Ausgleich der Verluste sehr mäßig ist, entsteht der Gedanke, die fehlende Quantität durch erhöhte Qualität wettzumachen.

Die einfachste Formel dafür ist der Ruf nach Erhaltung der angeblich durch den Krieg wachgerufenen geistigen Kräfte des Volkes, eine Idee, der wir nur recht geringes Daseinsrecht zusprechen können, denn die Erscheinungen, die man gern als überraschend neue, aus der Größe der Zeit entsprungene geistige Kräfte darstellt, dürften sich als Stimmungen entpuppen, die sich so schnell verflüchtigen werden wie sie aufgetaucht sind.

Greifbarer und zugleich begrüßenswert sind Gedanken der Schulreform, die aus dem genannten Grunde einen ansehnlichen Raum in den öffentlichen Erörterungen der Kriegswirkungen einnehmen.

Die sozialdemokratischen Schulforderungen sind alt, und zu ihrer energischen Propaganda bedurfte es nicht erst der blutigen Lehre des Weltkrieges. Nun werden aber zahlreiche liberale Stimmen für Schulreformen laut. Wir haben Bundesgenossen, die sich geneigt zeigen, einen Teil unseres Kampfes gemeinsam mit uns auszuführen, nie abgelehnt. Aber wir haben auch stets Wert darauf gelegt, uns über die Bedingungen, Voraussetzungen und Grenzen solcher Bundesbrüderschaft klar zu sein. Eine alte treffliche Sitte, die wir, wie manche andere auch, fernerhin noch weniger missen möchten als ehedem.

Der liberale Schulreformmeister erwächst aus gewissen Hoffnungen, die sich liberale Kräfte vom politischen Leben nach dem Kriege machen. Man rechnet dort auf einen größeren Lebenspielraum des Liberalismus. Man bemüht sich einerseits, den Liberalismus auf eine Rolle als mitregierende Partei vorzubereiten und ihn höheren Orts dafür zu empfehlen, indem man ihm zumutet, seinem Blute noch mehr „Eisen“ zuzuführen. Dafür wird gefordert, daß allen Befähigten die Möglichkeit des Aufstiegs zu den Höhen des politischen und bürokratischen Dampfs gegeben werde. Der Einfluß von Namen und Stand, Besitz und Beziehungen soll zurücktreten hinter die Geltung des Könnens. Die breite, wenig begüterte Schicht der bürgerlichen Intelligenz soll ihre dienende mit einer führenden Rolle vertauschen dürfen.

Diese Hoffnungen und Wünsche klingen bei den neuen liberalen Schulreformüberlegungen durch. Man spricht von einer breiten Möglichkeit der geistigen Auslese, damit auch wirklich der rechte Mann auf den rechten Platz gelangt. Ein bißchen Lieb- und ein bißchen Treu und ein — bißchen Falschheit ist natürlich dabei. Die broden Liberalen benötigen im Augenblick nicht nur mehr „Eisen ins Blut“, sondern — noch der anderen Seite hin — auch eine Dosis Demokratie. Und da kommen ihnen die Schulreformgedanken gerade zur rechten Zeit.

Neben den Anregungen zu allgemeinen Schulreformen tauchen Betrachtungen über die staatsbürgerliche Erziehung auf. Und hier gelangen wir zum Kern der Bemühungen um Erhaltung und Fortpflanzung des neuen „Volksgenies“. Sie gelten dem Herzen der noch für patriotische Romantik empfänglichen Jugend.

Staatsbürgerliche Erziehung gab es schon vor dem Kriege in allerlei Gestalt. Aber sie war noch immer ein unförmiger Begriff. Eine werdende Sache, die, zwar unklar in den Mitteln, aber bewußt im Ziel, darauf hinsteuerte, die jungen Jünglinge geistig in das bestehende Staats- und Gesellschaftsgefüge einzugliedern. Staatsbürgerliche Erziehung hieß Erziehung zum tüchtigen Staatsbürger. Und als solcher galt vor dem Kriege nur, wer die bestehende Ordnung billigte.

Im „Berliner Tageblatt“ behandelt Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Adolf Matthias die staatsbürgerliche Erziehung in einer ausführlichen Betrachtung, aus der reiche Erfahrung und gründliche Kenntnis sprechen. Er wehrt sich lebhaft gegen übertriebene, meist von Nichtfachmännern aufgestellte Forderungen. Man soll vor allem der Schule nicht die ganze Last der staatsbürgerlichen Erziehung aufbürden, die sie nicht zu tragen vermag. Matthias erwartet für den einzelnen vom tätigen Leben eine gediegenere staatsbürgerliche Schulung als von der Schule.

Diese Auffassung spiegelt sich schon in der Erklärung, die er für das schnelle Aufkommen des Strebens nach staats-

bürgerlicher Erziehung am Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zu geben sucht.

Matthias versucht, diese Erscheinung historisch zu begreifen. In der politisch bewegten Zeit Bismarcks schöpfte das Volk seine politische Schulung, sein Staatsbürgerbewußtsein aus den Kämpfen des Kanzlers mit seinen Widerpartnern von rechts und links. Die damals lebende Generation sah neue politische Gebilde aus dem Grunde entstehen. Die Politik des werdenden Reiches mit ihrem Wallen und Wogen der Geister war der Quell eines regen politischen und Staatsbürgergeistes. In der folgenden Zeit geringerer politischer Bewegung versiegte dieser natürliche Quell, und nun glaubte man in Gestalt schulmäßiger Einrichtungen künstliche Brunnen graben zu müssen, aus denen das Volk seine staatsbürgerliche Schulung schöpfen könne.

Wir möchten uns mit dieser „Ursachenforschung“ des Herrn Dr. Matthias keineswegs uneingeschränkt einverstanden erklären. Wir stimmen aber darin mit ihm überein, daß nur die Teilnahme an einem freien natürlichen politischen Leben gründliche staatsbürgerliche Erziehung an Jungen und Alten gewährleisten kann. Hier herrscht nicht der mehr oder minder beschränkte Geist irgendeines Schulmeisters, denn hier ist das Leben selbst der Lehrer. Hier sitzt der Jüngling nicht geduldig und passiv empfangend auf der Schulbank, sondern läßt den Geist am eigenen Schaffen. Die Lehr- und Lernerfolge dieser Schulmethode würden den Absichten unserer staatsbürgerlichen Erzieher aber kaum entsprechen.

In erster Linie gilt es, die Jugend in staatsbürgerliche Schulung zu nehmen.

Matthias schreibt dazu: „Diese (die echte staatsbürgerliche) Bildung und Genüßung erwächst in der Jugend unter dem Einfluß des ganzen Volkes und seiner historischen Entwicklung, sie ist ein Ergebnis — oder sollte es doch sein — von Eindrücken, welche die Jugend von der ganzen umgebenden Außenwelt, von Familie und Gemeinde, von sozialem, kirchlichem und politischem Leben empfängt.“

Wenn wir so das politische Leben selbst als erfolgreichsten staatsbürgerlichen Lehrmeister erkannt haben, dürfen wir dann der Jugend seinen gegenwärtigen Einfluß auf Herz und Geist vorenthalten? Womit läßt sich dann die ängstliche Fernhaltung der Jugend vom politischen Leben noch rechtfertigen?

In der Schule will Matthias ein besonderes Fach der Bürgerkunde nicht dulden. Er will den staatsbürgerlichen Unterricht mit dem Geschichtsunterricht verbinden, will „die auf staatsbürgerliche Erziehung hinielenden Unterweisungen in den Verlauf der Geschichte verweben“. Vortrefflich, Herr Wirkl. Geh. Oberregierungsrat!

Wir vermögen nur nicht zu sehen, wie bei der bisherigen Tendenz und Methode des Geschichtsunterrichts in der Volksschule die Aneignung eines freien und aufrechten Staatsbürgergeistes herauskommen soll. Bisher lehrte man die Volksschüler, daß die Geschichte das Ergebnis des Geistes großer Männer sei. Diese Vorstellung bedrückt die jungen Gemüter, erzieht zu demütiger Bescheidenheit. Will man durch den Geschichtsunterricht einen regen und selbstbewußten Staatsbürgergeist im Volke heranbilden, dann muß man der Jugend zeigen, daß die Geschichte aller Zeiten das Ergebnis der in den Völkern lebendigen Kräfte ist. Sind unsere Schulmeister bereit und fähig, ihren Jünglingen in der Zukunft die zeugende und treibende Kraft des Völkerebens aufzuzeigen? Wollen sie ihnen z. B. die französischen Revolutionen nicht als Schreckgespenster, sondern in ihrer ganzen großen Wirklichkeit als Bewegungen eines aufwärtsstrebenden Volkes darstellen?

Einen weiteren Helfer bei der staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend erblickt Matthias in der Schulzucht. „Die Schule legt ungeunden Auswüchsen unberechtigter individueller Neigungen, schwächlicher Verwöhnung, indem Geben- und Gewährlaffen des Hauses einen Damm entweicht, der dem künftigen Staatsbürger zuante kommt. Sie legt den ersten Grund für soziale Einfühlung und Ausgleichung; auch für gerechtes soziales Empfinden.“

Herr Matthias wird uns zugestehen, daß die Arbeiter in ihren Organisationen ähnliche Qualitäten zu erwerben vermögen. Die „Zucht“ der Organisationen wirkt sogar noch wohlthuender, denn die Mitglieder erwerben jene Werte nicht unter schulmeisterndem Zwang, sondern durch eigenes freies Schaffen. Hier übt sich das Volk im positiven politischen Aufbauen.

Die Schule hat den Wert freier Selbstbetätigung der Jugend für die Heranbildung bewusster Persönlichkeiten ebenfalls erkannt und dieser Erkenntnis hier und dort durch Einrichtung einer gewissen Selbstverwaltung des Schülers, Bildung von Schülergerichten u. a. m. Rechnung getragen.

Auch die Jugend der Arbeiterschaft hatte sich eigene Organisationen geschaffen, um teilzunehmen am politischen und allgemeinen geistigen Leben des Volkes, um sich in der Handhabung sozialer Einrichtungen zu schulen. Man hat sie zerstört, hat die Jugend von den natürlichen Quellen politischer und staatsbürgerlicher Bildung zurückgestoßen. Und die künstlichen Brunnen, die man ihr dafür geboten, bieten ihr kein erfrischendes und lebenerweckendes Quellwasser.

Wird es anders werden? Wird man der Jugend Raum zu freier geistiger Entwicklung, zu selbständiger Schulung ihres Staatsbürgergeistes geben? Wird man der Jugend das Recht zugestehen, unbekannt von geistigem Zwang und mit selbstgewählten Mitteln das Rüstzeug zur Bildung politischer Gesinnung zu erwerben?

Die Friedenspetition.

Die Friedenspetition des Parteivorstandes wird, laut der „Berl. Volksztg.“ von folgendem Aufruf begleitet:

„In allen kriegsführenden Staaten fordern politische Gruppen — hier größere, dort kleinere —, daß endlich die verantwortlichen Staatsleiter deutlich sagen, welchem Ziel der schreckliche Krieg dient. Aber nirgends wurde dem Verlangen reinliche Erfüllung. Wohl hat Rußland durch den Mund Sazonows bestimmt und scharf umrissen seine Eroberungsziele genannt: sie hießen die Meerengen von Konstantinopel und Galizien, vielleicht noch Städte deutschen Landes. Aber Sazonow ist nicht mehr. Gilt sein Ziel noch? Wohl hat Italien von vornherein einen ausgesprochenen Eroberungskrieg begonnen: große Stücke Land von Österreich und die östliche Adriaküste dazu will es verschlingen. Wohl hat auch die Regierung Frankreichs in aller Form die Wiedergewinnung Elsass-Lothringens als ihr Ziel bezeichnet. Aber England? England, die stärkste Kraft der Entente, kam bis heute nicht hinaus über die unbestimmteste aller Formeln: nur das eine sagt Englands Regierung klar: Deutschland muß niedergeworfen werden!“

Gegen Eroberungs- und Niederwerfungspläne steht das deutsche Volk geeint zusammen, aber die Pläne der Feinde entziehen uns nicht der Pflicht, selbst zu sagen, welche Ziele Deutschland dem Kriege steckt. Wir der Bestimmung und Klarheit, die jede Mißdeutung ausschließt, muß zum Ausdruck kommen, daß das deutsche Volk gleich weit entfernt ist von einer wüsten Gewalt- und Eroberungspolitik, wie von verzagendem Ergeben in Gewaltpläne der Gegner. Wie vom ersten Tage der Krieg unserer Volksmassen war die Einigkeit aller Kräfte zur Verteidigung und Selbstbehauptung, so soll nach ihrem Willen nicht einen Tag länger Krieg geführt werden, wenn dieses Ziel erreicht ist. Unter Abweisung aller Eroberungspläne stehen wir ein für:

- Unverletzlichkeit des Reichsgebietes,
 - Erhaltung der politischen Unabhängigkeit.
 - Wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit.
- Für dieses Programm können wir ehrlich streiten, redlichen Herzen jedem Kriegsgegner die Hand darbringen! Schläge ein! wir fordern nicht mehr, als wir auch gemögen! Und wie solche Redlichkeit, soch ensther Wille, das Lebensrecht aller Völker zu achten, dem deutschen Volksgenossen die sittliche Kraft gibt, der nationalen Selbstbehauptung sich weiter zu widmen, für sie die schwere Kriegslast weiter zu tragen, so gibt derselbe ernste Wille uns das Recht, den Anhängern iden Nachstrebens, den Eroberungspolitikern, die das Lebensrecht anderer Völker herabwürdigen und verletzten möchten, entgegenzutreten und sie anzuklagen als Verlängerer dieses schauderhaften Krieges, der Millionen Menschen verdirbt.

Kein Frieden um jeden Preis, kein Frieden, der unser Volk zum Schemel der Größe fremder Mächte macht. Aber Frieden, sobald der Feind willig ist, die drei Klauseln zu erfüllen.

Oder ist's etwa nicht an dem, wie wir sagen, steht es etwa gar so, daß mit Recht die Eroberungspolitik sich darauf berufen, die wahre Meinung der Volksmehrheit sei auf ihrer Seite? Wie lernt man die Volksmehrheit kennen? Anders man sie aussprechen läßt. Ist's heute nicht möglich, den kräftigsten, politisch reifsten Volksteil zur Aussprache zu berufen, weil er an den Grenzen steht, so ist's doch möglich, die Volksmassen dahelme, die ununterbrochen mit den Kriegern Fühlung halten, zu hören. Die deutsche Sozialdemokratie schafft Gelegenheit dazu! Sie ladet ein zu einer Massenpetition an den Kanzler. Eine Massenunterzeichnung soll ausdrücken, ob wahr, was erobertungsgläubige Politiker behaupten: daß des Kanzlers Kriegswille dem Volk viel zu schwächlich, seine Kriegsziele bei weitem unzulänglich seien, oder ob nicht vielmehr das Volk hinter dem Vegehren der Sozialdemokratie steht, die vom Kanzler verlangt, er solle bestimmter als bisher das Kriegsziel so bezeichnen, wie die drei Klauseln der Petition es ausdrücken. Deutlich muß die Volksmasse sprechen, daß sie nicht gewillt ist, Deutschland auf eine Bahn treiben zu lassen, die den Kriegsschreden unendlich verlängern müßte, und an deren Ende mit Bewißheit der Reim zu baldigen neuen Kriegen emporküchern würde.

Der deutsche Volksgenosse verteidigt das Reich gegen Vergewaltigung. Er will nicht vergewaltigt werden. Er will auch selbst nicht vergewaltigen!

Die bürgerliche Presse zur Friedenspetition.

Soweit die bürgerliche Presse sich bisher zur Petition des Parteivorstandes geäußert hat, verhält sie sich entweder reserviert-ablehnend oder feindlich-zurückweisend. Selbst die linksliberale „Berliner Volkszeitung“ findet nur folgende Worte der Würdigung:

„Die sozialdemokratische Petition ist die naturgemäße Folge der alldeutschen Kriegszugelagtionen. Unbedenklich ist es nicht, jetzt in eine derartige Agitation einzutreten, aber die Sozialdemokratie kann mit gutem Gewissen sagen, daß sie damit nicht begonnen hat.“

Die „Vossische Zeitung“ begnügt sich vorläufig mit dem Abdruck folgender „Kritik“ des sozialdemokratischen (!) „Dachburger Volksblatts“, die allerdings dem Niveau des Ulsteinblattes durchaus zu entsprechen scheint:

„Angenommen, die in Anlauf gesetzten Petitionen trügen Millionen von Unterschriften und gäben ein annäherndes Bild von der allgemeinen Stimmung des Volkes, so ist ganz entschieden zu erwägen, ob die Regierung gerade in diesem Augenblick in der Lage ist, der Stimmung des Volkes zu entsprechen und den Gegnern Friedensvorschlüge zu unterbreiten. In der Vergangenheit ist jede gutgemeinte Absicht von deutscher Seite zur Anbahnung von Friedensverhandlungen von den Gegnern als Schwäche ausgelegt worden und hat diese nur zu weiterem Aus-

halten ermüdet. Wer kann die Gewähr dafür übernehmen, daß es diesmal nicht wieder so ist und eine energische Friedensaktion des deutschen Volkes in den feindlichen Ländern nur zu weiterer Aufspaltung der Leidenschaften benutzt wird und der Krieg wiederum eine Verlängerung erfährt?

Die konservative Presse versucht, die Unflorheiten des Aufrufes in ihrem Sinne umzuenden, um wenigstens so der ihr unangenehmen Aktion die Spitze abzubringen. So schreibt die „Kreuz-Zeitung“:

„Der Aufruf der Sozialdemokratie zur Unterzeichnung der Massenpetition an den Reichstanzler ist insofern bedeutsam, als er gewissermaßen das Kriegszielprogramm der Partei enthält. Freilich ist dieses nicht mit unabweidender Bestimmtheit ausgesprochen. Das ist ja erklärlich genug. Die großen Gegenstände, die auch hierüber in der Sozialdemokratie bestehen, beruhen eine allzu große Klarheit nicht, da diese nach der einen oder anderen Seite hin abstoßend gewirkt hätte. Mit den beiden Forderungen „Unverletztheit des Reichsgebietes“ und „Erhaltung der politischen Unabhängigkeit“ nimmt man den reinen Defensivstandpunkt ein, der noch stärker betont wird durch die Polemik gegen die Eroberungspolitik, deren Befürworter den Krieg verlängern und den Reim für künftige Kriege legen müßten. Als dritter Programmpunkt wird „wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit“ aufgestellt, eine Forderung, aus der man, wenn man will, schon sehr viel weitergehende Kriegsziele herauslesen kann, vernünftigerweise wohl eine ins Gewicht fallende Kriegserklärung wird herauslesen müssen. Den Gesichtspunkt der Sicherungspolitik läßt der sozialdemokratische Aufruf außer acht.“

Nach deutscher Art ist das Bestreben, den Standpunkt des Parteivorstandes für sich in Anspruch zu nehmen, beim Grafen Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ hervor:

„Auch wir verlangen — schreibt er — als zu erreichendes Kriegsziel nichts als die politische Unabhängigkeit des deutschen Reiches, als seine territoriale Unverletztheit und alle Bedingungen, welche ihm seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit leisten.“

Weiter sucht er „den Sozialdemokraten, welche diese Bedingungen stellen“, auseinanderzusetzen, daß sie, um konsequent zu sein, sich eigentlich — keinen Standpunkt zu eigen machen müßten! Das ist beiseite kein Witz, der Graf meint es bitterernst!

„Wir sehen — schreibt er — von aller Polemik ab und möchten den Sozialdemokraten, welche diese Bedingungen stellen, nur die Frage nahelegen, ob sie wirklich glauben, daß Dinge wie politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit möglich sind und sein werden, ohne das Reich auch seinen Grenzen und seiner Rüstungstellung nach auf eine entsprechende Grundlage zu stellen. Der deutsche Reichstanzler hat vor einer Reihe von Monaten gesagt: einen Statusquo gäbe es nicht mehr. Wir unterschreiben dieses Wort. Der neue Statusquo muß herab sein, daß er dem Deutschen Reich und Volke politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet. Um diesen Entschluß zu machen, müssen die erforderlichen Eier geschlagen werden. Auch die deutschen Sozialdemokraten werden aus der inneren Politik wissen, daß, wenn man einen Friede will, auch die Mittel gewollt werden müssen, und zwar diejenigen, welche nötig sind, um ihn zu erreichen. Gewährleistung politischer Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Entwicklungsfreiheit ist wirklich nichts, was dem Deutschen Reich in den Schoß fallen wird. . . Auch in Zukunft ist die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands eine Nachfrage und ihre Gewährleistung kann nur durch Macht als Ergebnis des Krieges gegeben werden.“

Auf denselben Boden wie Reventlow stellt sich auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die der Ansicht ist, daß die drei Forderungen der Petition: politische Unabhängigkeit, territoriale Unverletztheit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit „aufgehoben“ werden durch den Vorderatz: „Unter Ablehnung aller Eroberungspläne“. Als Beweis für die Richtigkeit seiner Anschauung beruft sich das Blatt auf die Genossen Quard, Seilmann, Bloth, Gaenisch und insbesondere auf das „Hamburger Echo“, deren diesbezügliche Äußerungen in der Tat denselben Geist atmen, wie die der bürgerlichen Amerikaner. Für die Partei als Ganzes ist freilich diese Äußerungen einzelner nicht bindend. Allein schon die Tatsache, daß sie bei dem ersten mehr oder weniger selbständigen Schritt des Parteivorstandes in der Richtung der sozialdemokratischen Friedenspolitik gegen die Partei ausgeschaltet werden, gibt einen Vorgeschmack davon, wie die Kriegsjournalistik unserer „Umlerner“ in Zukunft gegen die Partei ausgebeutet werden wird.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 17. August. (W. Z. B.) Amlicher Heeresbericht. Es steht ganz bestimmt fest, daß die ganze 17. französische Kolonialdivision an dem am 15. August gemeldeten Gefecht teilgenommen hat. Auch gestern hörte die feindliche Artillerie nicht auf, unsere vorderen Stellungen südlich und westlich vom Dojran-See zu beschleichen. Am selben Tage versuchten feindliche Infanteriekolonnen, an einzelnen Stellen bis zu fünf Meilen tief, vorzugehen; sie wurden aber unter großen Verlusten abgeschlagen und gezwungen, sich in Unordnung nach ihren Ausgangsstellungen zurückzuziehen. An der übrigen Front schwache Artillerietätigkeit.

Sofia, 18. August. (W. Z. B.) Amlicher Heeresbericht. Gestern wiesen unsere Truppen einen sehr heftigen Angriff auf die Front zwischen den Seen von Ostrovo und Presba ab, verfolgten den Feind und nahmen die Stadt Verina (Florina). Gestern abend griff der Feind nach langer Artillerievorbereitung unsere vorgeschobenen Stellungen südlich und westlich der Stadt Dojran an und unseren Posten im Dorf Poltschen an, wurde aber durch unser Feuer und an einigen Punkten durch Gegenangriff und im Bajonettkampf zurückgeschlagen und gezwungen, sich unter erheblichen Verlusten zurückzuziehen. Später erneuerte er seinen Angriff, ohne Erfolg zu erzielen. Auf der übrigen Front leichte Kämpfe von Erkundungsabteilungen. Ein Geschwader deutscher Flugzeuge griff heute früh Eisenbahnbauten beim Dorfe Samelshewo und feindliche Lager bei den Dörfern Darovo, Sabalantzi, Dragomirzi und Kalabal wirksam an. Alle Flugzeuge kehrten zu ihrem Stützpunkt zurück.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 18. August nachmittags. (W. Z. B.) Nördlich der Somme brachen mehrere deutsche Gegenangriffsläufe gegen die neuen französischen Stellungen südlich Maurepas im Feuer zusammen. Die Franzosen machten Gefangene. Südlich der Somme gruben die Franzosen vier Maschinengewehre in den südlich von Belloy genommenen Gräben aus. Am rechten Ufer der Maas vertrieben die Franzosen nach einem heftigen Kampfe

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 19. August 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Einer gewaltigen Kraftanstrengung unserer verbündeten Gegner haben unsere tapferen Truppen gestern in opferfreudiger Ausdauer siegreich getroffen. Etwa zu gleicher Zeit setzten nachmittags nach dem bis zur äußersten Festigkeit gesteigerten Vorbereitungseifer englisch-französische Massen nördlich der Somme auf der etwa 20 Kilometer breiten Front Oviliers-Clary und sehr erhebliche französische Kräfte rechts der Maas gegen den Abschnitt Thiamont-Flenry sowie gegen unsere Stellungen im Chapitre und Berg-Walde zum Sturm an.

Nördlich der Somme wütete der Kampf bis tief in die Nacht. An mehreren Stellen drang der Gegner in unsere vorderste Linie ein und wurde wieder geworfen. Beiderseits des fest in unserer Hand gebliebenen Guillemont hält er gewonnene Grabenteile besetzt. Zwischen Guillemont und Maurepas haben wir nachts unsere vorgeschobene Linie durch Beschleichen planmäßig etwas verkürzt. Mit ungeheuren Blutopfern hat der Feind seine im ganzen gescheiterten Anstrengungen bezahlt. Garde-, rheinische, bayerische, sächsische und württembergische Truppen behaupten unerschütterlich ihre Stellungen.

Rechts der Maas ist der wiederholte französische Ansturm nach teilweise erbittertem Ringen unter schwersten Verlusten für den Angreifer gebrochen. Am Dorfe Flenry wird der Kampf noch fortgesetzt. Im Ostteil des Chapitre-Waldes wurden im Gegenstoß über 100 Gefangene gemacht. Im Bergwalde wurden völlig zerstörte vorgeschobene Grabenstücke dem Gegner überlassen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Das Gefecht westlich des Robel-See wurde gestern fortgesetzt. Die angreifenden Russen sind restlos zurückgeworfen. Sie ließen an Gefangenen drei Offiziere, 320 Mann, sowie vier Maschinengewehre in unserer Hand.

Der Feind steigerte an vielen Stellen der Stschub-Front merklich sein Artilleriefeuer. Beiderseits von Rudka-Czerewizje sind örtliche Kämpfe im Gange.

Bei Szelnow wurden schwächere russische Angriffe zum Scheitern gebracht, bei Zwiniacz Bortruppen des Gegners zurückgeworfen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Nördlich der Karpathen ist die Lage unverändert.

Die Nagura-Gebirge nördlich des Capul ist von den verbündeten Truppen im Sturm genommen. 600 Gefangene sind eingebracht. Gegenangriffe sind abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Der Gegenangriff ist südlich und östlich von Florina in gutem Fortschreiten.

Südwestlich des Dojran-See wiederholten sich mit Unterbrechungen die Gefechte an den bulgarischen Vorkantungen.

Ostlich der Struma ist der Braudi-Balkan (Sarlska Planina) überschritten.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 19. August 1916. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Westlich von Rodawa in der Bukowina erführten Gendarmenanteile und deutsche Bataillone die heftig umstrittene Höhe Nagura. Die Russen ließen 600 Gefangene und zwei Maschinengewehre in der Hand der Angreifer. Russische Gegenangriffe scheiterten.

Westlich von Zabol nahmen wir vorgeschobene Truppen nach heftigen Kämpfen gegen den Grn Gora-Nischen zurück. Knapp nordwestlich von Stanislan wiesen unsere Jäger einen russischen Vorstoß ab.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Bei Szelnow wiesen unsere Truppen einen russischen Angriff ab. Bei Zabol am Stschub wurde ein bis in unsere Gräben geführter Vorstoß des Gegners abgeschlagen. Neuerlicher russischer Angriff im Gange.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der gestrige Tag verlief auch an der südpenninischen Front ziemlich ruhig. An der Isonzofront nordöstlich von Plava änderten unsere Truppen das linke Flankufer von schwächeren feindlichen Abteilungen, die sich der Globna und Beltof eingeklinkt hatten, und machten etwa 50 Gefangene. Ein Nachtangriff der Italiener gegen ein Frontstück südlich des Bippachales wurde glatt abgeschlagen. An der Fleimstal-front brachte eine Unternehmung gegen eine feindliche Vorkantung südöstlich der Alma di Bocche 60 Gefangene und zwei Granatwerfer ein.

Italienische Abteilungen, die abends gegen unsere Stellungen im Gebiet des Rante Gebirges vorgingen, wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In Montenegro und Albanien nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Daefer, Feldmarschallsleutnant.

mit einem glänzenden Sturm einen beträchtlichen Teil des Dorfes zu nehmen, ebenso wie den südöstlich gelegenen Kalvariensberg. Wir machten bei dieser Unternehmung zweihundert unbeschadete Gefangene. Zwischen Maurepas und der Somme erweiterten wir unsere Stellungen östlich der Straße Maurepas-Clerh. Am rechten Ufer der Maas setzten wir unsere Offensivunternehmung fort, wobei wir dem Feinde aus zwei besetzten Redouten nordöstlich des Belles Thiamont vertrieben. Ungefähr hundert unverwundete Deutsche, darunter fünf Offiziere, wurden von uns gefangen genommen und drei Maschinengewehre erbeutet. Ostlich der Höhe von Flenry und Chapitre haben wir an den Zugängen der Straße nach Fort Bouz merkliche Fortschritte gemacht. An der übrigen Front die übliche Beschleichen.

Belgischer Heeresbericht. Ruhe an der ganzen Front.

Die englische Meldung.

Vom 18. August. (W. Z. B.) Nordwestlich von Bazentin le Petit bereiteten wir unsere Fortschritte in den Linien des Feindes durch ein kleines örtliches Gefecht weiter aus. Ein neuerlicher feindlicher Angriff von Martinpuich wurde vollständig zurückgeschlagen.

Vom 18. August. (W. Z. B.) Kämpfe an der ganzen Front von Pozières bis zur Somme. Die Briten gewannen Boden in der Richtung auf Sibendy und Guillemont und machten 200 Gefangene.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 18. August nachmittags. (W. Z. B.)

Westfront. An der Front der Flota Biva westlich Podgaigra ergriffen beträchtliche feindliche Kräfte eine Offensive, die jedoch keinen Erfolg hatte. Der Feind wurde mit ungeheuren Verlusten zurückgeworfen. An der Ostfront Solotvinsk besetzten wir Dnestro-Ischl auf dem Westufer. In Richtung Kordomez setzten unsere Abteilungen den Vormarsch fort und näherten sich den Berggipfeln bei Kordomez.

Kaukasusfront: In der Gegend westlich des Ban-Sees wiesen wir einen türkischen Angriff leicht zurück. In Persien trafen wir bei Kasapassoff auf beträchtliche türkische Streitkräfte.

Vom 18. August abends. (W. Z. B.)

An der Westfront und an der kaukasischen Front ist die Lage unverändert. In der Ostfront griff in der Nacht vom 16. auf den 17. August ein Geschwader unserer Wasserflugzeuge unter dem Befehl des Fliegerleitnants Bichni die feindliche Fliegerstation bei dem Angern-See mit Erfolg an. Die abgeworfenen Bomben verursachten sichtlich große Verderben; sie zerstörten einen der Fliegergruppen und riefen mehrere Feuerbrände aus dem übrigen Gelände der Fliegerstation hervor. Unsere Flieger waren einem heftigen Feuer von Abwehrgeschützen ausgesetzt, die Turfstelen und Schrapnell beschoßen. Dies hinderte die Flieger nicht, ihre Aufgabe zu vollenden und alsdann ihre Flugzeugstation glücklich zu erreichen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 18. August. (W. Z. B.) An der Trentiner Front setzt der Gegner seine Diversions-Unternehmungen und die heftigen Beschleichen unserer Stellungen fort. In der Gegend des Tonale schlugen wir am Abend des 16. einen Angriff gegen unsere Schanzen südlich des Passes ab. Im Vedrol wurde in der Nacht zum 17. ein feindlicher Einbruch in unsere Gräben auf den Abhängen des Monte Sperone schnell durch einen heftigen Gegenangriff zurückgeschlagen. Am Ausredbo-Tal (Vosina-Bach) misglückte gestern ein Versuch des Gegners, unsere Verteidigungswerte bei Scatolari zu überrücken. Aus dem Gisch und dem Postinal sowie von der Quelle des Costana-Baches wird feindliche Artilleriefeuer gemeldet. Unsere Artillerie feuerte gestern auf den Bahnhof von Sillian und erzielte einen Volltreffer in einem in Fahrt befindlichen Zug. Am oberen und mittleren Isonzo Artilleriekämpfe. In der Gegend von Görz und auf dem Karst ist die Lage unverändert. Bei einem Einbruch in Villanova (Riba Vas) zerstörten wir feindliche Verteidigungsanlagen und machten Gefangene.

Taberna.

Die Kämpfe in Ägypten.

London, 18. August. (W. Z. B.) Der Oberkommandierende in Ägypten berichtet: Es ist jetzt möglich, sich eine genauere Vorstellung von den feindlichen Kräften und Verlusten im Laufe der Unternehmungen im Gebiete von Katia in der Zeit vom 4. bis zum 12. August zu bilden. Die feindlichen Kräfte waren ungefähr 18 000 Mann stark, von denen wir 49 Offiziere und 3871 Mann zu Gefangenen gemacht haben. An Toten sind 1251 festgestellt, die Zahl der Verwundeten wird auf 4000 geschätzt. Die Gesamtverluste demnach auf ungefähr 9000. Folgende Beute wurde eingebracht: Eine vollständige Kruppische 75-Millimeter-Gebirgsbatterie von vier Geschützen, 4000 Pfund Munition, 2300 Gewehre mit einer Million Patronen. — 9 deutsche Maschinengewehre mit 30 Munitionskisten und große Mengen von allerlei Ausrüstungsgegenständen, ferner 500 Kamele und 100 Pferde und Maultiere.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 19. August. (W. Z. B.) „Lloyds“ meldet, daß der italienische Dampfer „Stampaglia“ versenkt wurde.

Deutsche Entschädigung für einen torpedierten holländischen Dampfer

Amsterdam, 18. August. (W. Z. B.) Das „Handelsblad“ meldet, daß bei dem Ministerium des Äußern der Bericht eingetroffen sei, daß die deutsche Regierung die Torpedierung des Dampfers „Nijndijl“ zugebe und zur Schadenergütung bereit sei.

Haag, 19. August. (W. Z. B.) Das Korrespondenzbureau teilt mit, daß der gestrige Bericht des „Handelsblad“ über den Dampfer „Nijndijl“ vom Ministerium des Äußern bestätigt werde. Die deutsche Regierung habe nicht nur Schadenergütung angeboten, sondern sich auch wegen der Torpedierung des Dampfers entschuldigt.

Die wirtschaftliche Bedrängnis der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die zweite Reise der schweizerischen Delegation nach Paris zur Erledigung der bestehenden wirtschaftlichen Differenzen, ist also so ergebnislos geblieben wie die erste. Die schweizerischen Delegierten waren in Paris herzlich empfangen, herzlich behandelt und herzlich verabschiedet, also mit viel Herzlichkeit überschüttet worden, von der die Sabas und Pariser Zeitungen viel Aufhebens machten. Aber man hörte aus aller Herzlichkeit immer nur das Nein heraus, so daß für die Schweiz etwas weniger Herzlichkeit und etwas mehr weitherziges tatsächliches Entgegenkommen wertvoller gewesen wäre. Dieses hätte übrigens die große Herzlichkeit nicht ausschließen müssen, im Gegenteil ihr erst den Ernst und Wert der Aufrichtigkeit verliehen.

Die harte Rücksichtslosigkeit, mit der die Entente alle schweizerischen Vorschläge zur relativ allseitig befriedigenden Erledigung der schwebenden Differenzen, die übrigens ohne das Verschulden der Schweiz geschaffen wurden, zurückwies, hat in der schweizerischen Bevölkerung bittere Geüblichkeit ausgelöst. Die Entente will mit ihrer Abschlusspolitik die Zentralmächte treffen, verumwundet und schädigt aber aufs schwerste die Schweiz, so daß man sagen möchte, es ist das Kind mit dem Bad ausgeschüttet worden. Diese Behandlung der

die Deutschen aus dem Teile von Flenry, den sie noch besetzt hielten. Einige deutsche Abteilungen halten sich noch in einem kleinen Krümmen am Ostrand. Zwischen Thiamont und Flenry machten die Franzosen gleichfalls merkliche Fortschritte und bemächtigten sich eines Offiziers, fünfzig Soldaten und eines Maschinengewehrs. Sonst war die Nacht überall ruhig.

Vom 18. August abends. (W. Z. B.) Nördlich der Somme erlaubte uns ein Angriff unserer Truppen, der gegen einen Teil des von den Deutschen besetzten Maurepas gerichtet war,

Schweiz durch die Entente erscheint um so härter und verwerflicher, als ein direkter oder indirekter Vorteil, der aus dem bisherigen Verkehr mit der Schweiz den Zentralmächten erwachsen konnte, im Verhältnis zu deren gesamten Kriegswirtschaft so unbedeutend ist, daß seine Verhinderung die Brüstung der Schweiz nicht rechtfertigt.

In der schweizerischen Presse wird die Verschlechterung unserer Lage auch auf die Einfuhrverträge der Schweiz mit den Zentralmächten und der Entente zurückgeführt. Aber diese Verträge sind auf dem gleichen wirtschaftlichen Boden entstanden, zu ihrem Abschluß war die Schweiz in ihrer Zwangslage genötigt und sie würde überdies auch ohne die Verträge von den beiden Mächtegruppen wirtschaftlich bedrängt worden sein, da sie von der einen hauptsächlich mit der Lebensmittelfuhr, von der anderen hauptsächlich mit der Zufuhr von Rohstoffen abhängig ist. Dabei haben aber beide Mächtegruppen von der Aufrechterhaltung des Wirtschaftens der Schweiz profitiert und anscheinende Nachteile sind durch Vorteile anderer Art mehr als aufgewogen worden. Dagegen hat keine der beiden Mächtegruppen irgend einen Vorteil von der Aushungerung der Schweiz und vom Stillstand ihrer Industrie.

Es ist klar, daß eine Kriegsstimmung der deutschen Schweiz zugunsten der Zentralmächte sofort eine Kriegsstimmung der französischen Schweiz zugunsten der Entente auslösen müßte. Die Preisgabe ihrer Neutralität würde nicht nur die Schweiz zu einem neuen Kriegsschauplatz machen, sondern auch ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zerstören. Nur Unterstand oder hinterhältige Willkür kann der Schweiz zum Kräfte raten.

Die Schweiz wird von der anderen Seite arg bedrängt. So ist die schweizerische Eiseneinfuhr von 29 765 Tonnen im Juni 1914 auf 3314 Tonnen im Monat Juli, auf rund ein Drittel, zurückgegangen und auch die Kohleneinfuhr hat eine Verminderung erfahren. Nun sind gegenwärtig in Bern die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland über die Neuregelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen im Gange, und wir möchten gerne hoffen, daß sie im Interesse beider Teile zu einem befriedigenden Abschluß führen. Das unfreundliche Beispiel der Entente muß Deutschland um so weniger nachahmen, als es selbst ja gar keinen Nutzen davon hätte und so nur nutzlos die Schweiz bedrängen und schädigen würde. Die freundschaftliche Verständigung ist zum Nutzen aller! (z)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gegen die dänische Presse.

Unter der Spitzmarke Dänemark schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unter anderem:

Die dänische Presse nimmt in letzter Zeit eine Haltung ein, die nicht unbeachtet bleiben darf. Unter der Maske der Neutralität wird eine Hetze betrieben, die längst die Grenzen des Erlaubten überschritten hat.

Eine sehr beliebte Methode dieser Agitation ist das Zurechtstutzen der ausländischen Depeschen, teils durch besondere Auswahl und Beschränkung des Stoffes, teils durch mehr oder weniger geschickt angebrachte Ueberschriften. In den dänischen Zeitungen sind die Telegramme so weit als möglich auf der ersten Seite gesammelt und die mit großen Typen gedruckten Titel sind deshalb gut geeignet, auf das Publikum zu wirken, selbst wenn man sie nur eilig überfliegt. Durch fette Ueberschriften rufen die Zeitungen jedem Vorübergehenden aus Fenstern und Läden die neuesten Nachrichten von neuen Siegen der Entente entgegen und erzählen von furchtbaren Verlusten der Deutschen, von entsetzlichen Zuständen in Deutschland selbst und von den letzten Greueln der unermüdbaren deutschen Barbarenheere... und das Publikum, das oft nur die Titel liest, glaubt, was diese ihm sagen und ahnt gar nicht, daß die Telegramme selbst oft genug den Titeln direkt widersprechen.

In der Wahl und Behandlung des Depeschenstoffes zeigt sich derselbe Mangel an wahrer Neutralität. Man bemüht sich so wenig wie möglich deutsche Berichte, doch da man die offiziellen Meldungen nicht ganz unterdrücken kann, sucht man das Vertrauen in sie zu erschüttern. „Dort Land“ hatte einmal vor die Kühnheit, ganz offen anzudeuten, daß nicht die französischen, sondern die deutschen Berichte „aus militärischen Gründen“ falsch zu sein pflegten.

Typisch für die Art der dänischen Pressefreiheit ist es gleichfalls, daß, während alle möglichen Reden der Herren Voicard, Grey, Asquith und anderer Ententeminister oder redelustiger Politiker in extenso wiedergegeben werden, die deutschen offiziellen Kundgebungen mit einigen Zeilen abgetan oder gänzlich ignoriert zu werden pflegen.

Diese Proben genügen, um sich ernstlich die Frage vorzulegen: Wohin treibt die dänische Presse mit ihren Ausfällen gegen Deutschland und mit ihren dienstfertigen Sympathie Kundgebungen für unsere Feinde?

Dänemark ist ein demokratisch regiertes Land. Wenn seine Presse wirklich den Ausdruck der öffentlichen Meinung des Landes darstellt, muß die Haltung der dänischen Blätter zu denken geben.

Änderungen in der englischen Regierung.

London, 18. August. (W. L. W.) Amtlich wird mitgeteilt: Marquess of Crewe ist zum Präsidenten des Unterrichtsministeriums ernannt worden an Stelle des Arbeiterministers Arthur Henderson, der zum Generalzahlmeister ernannt worden ist und im Kabinett als Berater der Regierung in Arbeiterfragen bleibt. Lord Newton, der sein Amt als Generalzahlmeister niedergelegt hat, ist zum Hilfsunterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden. Marquess of Crewe bleibt Vordräsident des Rates. Im Kabinett tritt keine Veränderung ein.

London, 19. August. (L. U.) Die jüngste Veränderung im Kabinett ist interessant. Hendersons neue Stellung, dessen offizielle Funktion nun die eines Generalzahlmeisters ist, ist größtenteils eine Einzelure, welche Henderson zur Erfüllung seiner Aufgabe als erster Arbeitervertreter der Regierung und Vorsitzender der Kommission, welche die Militärpensionen regelt, genügend Zeit läßt. Dieses ist besonders wichtig, da die Arbeiterabgeordneten im Parlament über die Verzögerungen bei Erreichung von Pensionen für verwundete Soldaten Klage geführt haben. Henderson widmet sich nun gleichfalls dieser Aufgabe, die eine immer größere Bedeutung gewinnt. Lord Newton war Generalzahlmeister und sorgte im Ministerium des Auswärtigen für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und die Interessen der auswärtigen Pressevertreter.

Annexionistische Frauen.

Ist es denkbar, daß es auch unter der weiblichen Bevölkerung der kriegsführenden Länder Annexionisten gibt? Warum nicht, antworten wir Sozialisten. Die Frauen stehen nicht außerhalb der Klassen, und warum sollte eine Frau, die stets nur mit Angehörigen ihrer Schicht die Kriegs- und Friedensprobleme erörtert,

andere Auffassungen von dem zu erstrebenden Ziel haben als die Männer des Kreises, in dem sie wirkt? Es gibt natürlich Ausnahmen. Frauen, die nicht vollkommen in den Interessen ihrer Schicht ausgehen. Natürlich kann nur eine wahrhaft internationale Frauenbewegung solche Auffassungen heranzubilden, die streng nationale wird allzuleicht geneigt sein, über der Freude an der Machtvergrößerung des eigenen Landes das dem andern zugefügte Unrecht zu vergessen. Wir haben ja hier in Deutschland zur Genüge erlebt, wie Frauen mit einer Selbstverständlichkeit von Gebietsveränderungen im Osten und Westen sprachen, als ob jeder Zweifel an der Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens bereits an Landesverrat grenze.

Aus England haben wir weniger von solchen Strömungen gehört, wohl aber finden sie sich in Frankreich. Dort hat vor kurzem die Gesellschaft für das Frauenwahlrecht (Société pour le suffrage des femmes) ein Manifest veröffentlicht, das außer der Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich und Schleswig-Holsteins an Dänemark ganz klar und deutlich „die Annexion der Rheinufer“ verlangt. Aber das genügt noch nicht. Die Gesellschaft forderte außerdem: 1. die vollständige Unterdrückung der österreichisch-deutschen Armee; 2. eine Art Protektorat der Alliierten über die ganze Ausdehnung des österreichisch-deutschen Gebietes; 3. Verbot an die Deutschen und Oesterreicher, sich auf eigene Rechnung industriell, kommerziell, finanziell oder selbst vom Gesichtspunkt der landwirtschaftlichen Ausnutzung einzurichten; 4. Beschlagnahme ihrer Gehälter zur Vergrößerung der Kriegsschädigung“ und so weiter.

Ein ebenso verwerfliches wie törichtes Programm. Unsere Genossin Marcelle Capy ruft im „Populaire du Centre“ aus: „Es gibt Stunden, wo wir den Kopf mit beiden Händen fassen und uns mit Schreien fragen, wo sind wir?“ Und sie erinnert daran, wie vor dem Kriege die Frauen überall öffentlich beteuert haben: geht uns das Wahlrecht, wir sind die mütterlichen Beschützerinnen des Lebens. Wir werden euch den Frieden bringen. — Diese Frauen haben rasch umgelernt. Ihre Beteuerungen von früher sind vergessen.

Aber es gibt Frauen, die den internationalen Gedanken nicht vergessen haben, und an eine von ihnen, deren einfachen Mut und heilige Güte sie bewundert, erinnert Marcelle Capy. Sie sagt, daß sie die Frauenfrage gerettet habe. — Gerade dieser Frau wurde es jedoch unmöglich gemacht, zu arbeiten und auch im Krieg für die Durchsetzung der als richtig erkannten Idee zu wirken. (z)

Lügen haben kurze Beine.

Die Baumeisterische „Internationale Korrespondenz“ hatte in ihrer Nummer vom 4. August behauptet, daß man aus einer Rede des Genossen Hunsdorns deutlich habe herauszuhören können, daß er „die Annexion der holländischen Provinz Seeland“ durch Belgien wolle. Auch diesmal wieder bewahrheitet sich das Sprichwort: „Lügen haben kurze Beine.“ Das holländische Parteiorgan „Het Volk“ bringt unter der Ueberschrift „Verleumdung“ eine Abwehr des Genossen Hunsdorns, in der es heißt:

Für diejenigen, die mich kennen, braucht wohl nicht gezeigt zu werden, daß da kein einziges Wort Wahrheit in dem Stück von Baumeister ist.

Ich habe niemals von einem Recht Belgiens gesprochen und ich verwerfe die Annexion selbst von einem halben Zentimeter holländischen Grundgebiet.

Ich habe im Gegenteil mit Freunden mein Bestes getan, um die annexionistischen Bestrebungen von einem halben Dutzend unverantwortlicher Belgier zu dämpfen. Die Aushungerungen waren nicht gefährlich, aber hinderlich. Sie verstimmten. Mehr nicht.

Danach hat auch die belgische Regierung der holländischen Regierung klar und deutlich zu verstehen gegeben, daß sie jeder auf Annexion von holländischem Grundgebiet beruhenden Lösung der Scheldestfrage feindlich gegenübersteht.

Soll das heißen, daß keine Scheldestfrage besteht? Nein. Die Scheldestfrage ist verbesserungsfähig, und die Verbesserung kann nach dem Krieg durch friedliche Verständigung mit Niederland vollbracht werden.

Ich sage noch mehr. Es gibt auch eine Frage der Raaschiffahrt. Die Entwicklung des neuen Kohlenbedens in der belgischen Provinz Limburg hat zur Folge, daß auch hier zur Verbesserung der Schifffahrt eine Verbindung gesucht werden muß. Das kann nur durch wohlwollende Verständigung geschehen, sowohl von Seiten Belgiens als auch von Seiten der Niederlande, und wir können doch nicht Niederland Unkosten zumuten, die vor allem Belgien zugute kommen.

Aus dieser Bemerkung kann nun Baumeister, wenn er will, auch den Schluß ziehen, daß ich ganz Südholland annektieren will.

Ich überlasse ihm natürlich die Rechenschaft für die Korrekturen und würde auf die Sache nicht eingegangen sein, wenn nicht solche Stüchlein in Deutschland dazu dienen, die Haltung bestimmter Imperialisten zu rechtfertigen.

Zur Entschuldigung von Baumeister muß gesagt werden, daß Belgien vor kurzem noch viel weiter gegangen ist. Erzählt er nicht in seinem letzten Buch, daß ich in Brüssel nach dem Verschwinden der deutschen Besatzung alle Deutschen und Pro-Deutschen ermorden wollte?

Es würde sich erübrigen, immer wieder die von der „I. A.“ produzierten Ungenauigkeiten richtig zu stellen, wenn sie nicht den Zweck hätten, das Werk der internationalen Verständigung noch Möglichkeit zu erschweren. (z)

Eine Erklärung des bulgarischen Ministerpräsidenten.

Sofia, 19. August. (W. L. W.) In der letzten Versammlung der Abgeordneten der Regierungspartei gab Ministerpräsident Radoslawow folgende Erklärungen über die Lage ab: Bulgarien ist heute gerüstet, um jeden Angriff abzuwehren, wobei er auch kommen möge. Entgegen allen von feindlicher Seite verbreiteten Intrigen steht Bulgarien in herzlichen Beziehungen zu allen seinen Verbündeten, die Bulgariens Freundschaft vollauf würdigen. Sie sind ebenso wie dieses bereit, mit Ehren aus dem jetzigen Kampfe hervorzugehen. Die Lage auf allen Fronten ist günstig. Es bestehen absolut keine Gründe zur Beunruhigung. Die allgemeine Offensive der Entente hat neuerdings bestätigt, daß die Kraft der Zentralmächte nicht gebrochen werden und der Sieg ihnen nicht entzunden werden kann. Es ist undenkbar, betonte der Ministerpräsident, daß sich Bulgarien während des Weltkrieges von seinen Verbündeten trennen könnte; es wird vielmehr mit ihnen bis zum Ende durchhalten, weil der Sieg unserer großen Bundesgenossen die beste Gewähr für die Wahrung unserer bisherigen Erwerbungen und unserer politischen Unabhängigkeit darstellt.

Die außerordentliche Tagung der Sobranje ist gestern Abend nach der endgültigen Annahme der Gesetzentwürfe über die Lebensmittelversorgung und die Regelung der Ein- und Ausfuhr sowie über den neuen Kriegskredit von 35 000 000 Lva geschlossen worden. Im Laufe der Tagung hatte der Ministerpräsident Gelegenheit, mit den Parteiführern der Opposition gesondert Besprechungen zu pflegen.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise in Italien.

Das andauernde Steigen der Preise auf die notwendigen Gegenstände der Lebenshaltung hat uns in überraschender Weise erkennen lassen, in welsch hohem Grade Gesellschaft und Einzelwesen imstande sind, sich an neue und unvorhergesehene Verhältnisse anzupassen. Diese außerordentliche Schmiegsamkeit der menschlichen Natur wird durch eine kürzlich im „Avanti“ erschienene Zusammenstellung der Preisbewegung während der hinter uns liegenden zweijährigen Kriegsperiode vortrefflich illustriert. „Wer den kriegsführenden Völkern vor dem Kriege gesagt hätte“, bemerkt der „Avanti“: „Ihr werdet Euer Eisen, Eure Kohle, Euren Wein u. s. f. hier, fünf-, sechsmal teurer bezahlen, der wäre einem unglaublichen Stoffspinnstiel ob solcher Ungereimtheit begegnet. Und doch ist diese Ungereimtheit Tatsache geworden. Allen Vorkehrungen, die die Regierungen trafen, um eine übermäßige Preissteigerung während des Krieges abzuwenden, zum Trotz sind alle Preise in beängstigender Weise in die Höhe gegangen. Dafür geben folgende, einem offiziellen Bericht entnommene Daten einen eindringlichen Beleg:

	pro Lt.	Juni 1914	April 1915	Juni 1916	Fr.
Eisen	pro Lt.	24	84	94	Fr.
Weiz	„	57	76	110	„
Zin	„	165	250	455	„
Kupfer	„	215	330	620	„
Kohle	pro Tonne	88	90	fehlt	„
Petroleum	pro Faß	41,50	44,70	64,50	„
Zeitungsopier	pro Lt.	40	45	95	„
Wolle	„	310	420	fehlt	„
Seide	„	49	41	73,60	„
Baumwolle	„	168	158	220,50	„
Rindfleisch	„	192	218	338	„
Olivenöl	„	190	190	260	„
Wein	pro Hektol.	27	88	125	„
Butter	pro Lt.	230	340	380	„
Käse	„	200	310	350	„
Getreide	„	26,50	43,56	36,25	„
Mehl	„	40,25	56,50	44,75	„
Kaffee	„	280	245	305	„
Zucker	„	127	138	143	„

Bemerkenswert ist dabei, daß die Preise der Rohstoffe noch nicht in demselben Maße gestiegen sind wie die Preise der aus ihnen gefertigten Fabrikate. Jedenfalls aber liefert diese Tabelle den Beweis, daß der Mensch der ersäunlichsten Opfern und Anstrengungen fähig ist. Trotzdem muß auch dieses Ergebnis noch mit den größten Vorbehalten aufgenommen werden, da wir die Rückwirkung solcher Entbehrungen auf den physischen und sozialen Organismus noch nicht kennen. Erst ein eingehendes Studium der Folgen dieser Ereignisse wird uns ein abschließendes Urteil über sie ermöglichen.

Amerikanische Stimmen gegen England.

New York, 18. August. Funkpruch des Vertreters von W. L. W. „World“ berichtet aus Washington: In der ersten gestern im Kongress stattgefundenen Besprechung der britischen Schwarzen Liste und ihrer schädigenden Wirkung auf die amerikanische Handelschiffahrt beurteilten Republikaner und Demokraten Englands Verhalten und erklärten sich bereit, etwaige Abhilfe zu schaffen. Es wurde der Wunsch des Hauses laut nach einem Schiffsfahrtsgesetz, das den Amerikanern für die Zukunft eine größere Unabhängigkeit sichern solle. Es war Reizung dafür vorhanden, alle fremden Schiffe am Einlaufen oder am Verlassen amerikanischer Häfen zu hindern, wenn sie sich weigerten, Waren von allen amerikanischen Fabrikanten nach neutralen Häfen zu befördern. Es wurde vorgeschlagen, daß die Vereinigten Staaten den Handelschiffen Kriegsschiffe begeben sollten, wenn ausreichender Grund zu der Annahme bestünde, daß diese Schiffe aufgebracht werden könnten, falls sie sich nicht um die britische Schwarze Liste kümmern. Der Abgeordnete Bennett sagte bei Besprechung seines Gesetzentwurfs zur Bestrafung der unterirdischen Behandlung seitens öffentlicher Verkehrsvereinigungen: Heute weht die britische Handelsflagge vom Rio Grande bis zum Nordpol. Warum sollte Amerika nicht unbehelligt Handel treiben dürfen? Warum sollten die Amerikaner nicht ohne Sorge mit Südamerika Handel treiben dürfen?

Der Abgeordnete Davis aus Texas erklärte: England ist beleidigender als Deutschland.

Abgeordneter Saunders fragte Bennett, ob irgend ein Beweis dafür vorhanden sei, daß amerikanische Schiffe, die sich nicht um die Schwarze Liste kümmern, auf der Fahrt nach Südamerika von englischen Kriegsschiffen aufgebracht werden würden.

Bennett gab zur Antwort: Eine Denkschrift der Reeder will um Schutz bitten.

Davis sagte: Ich möchte wissen, ob England sie nicht so eingeschäftert hat, daß sie nicht wagen, um Schutz zu bitten.

Saunders verlangte Beweise dafür, daß amerikanische Verkehrer wüßten, daß ihre Waren in Südamerika nicht ankommen würden, wenn sie sich nicht an die Schwarze Liste hielten.

Bennett erwiderte: Wenn England eine solche Erklärung abgeben würde, so wäre das gleichbedeutend mit Kriegserklärung. Der Kongress sollte durch eine Erklärung England wissen lassen, auf welchem Standpunkte Amerika stehe. Wenn England sieht, daß ein Volk von 110 Millionen sich eine Erklärung zur Wahrung seiner Rechte abgibt, so wird es über die Haltung Amerikas nicht im Zweifel sein.

Saunders erklärte: Es sollte mich wundern, wenn irgend ein amerikanischer Schiffeigentümer befürchten sollte, daß seine Ladung beschlagnahmt werden könnte. Es ist ein artiges Kompliment an die Kaufleute, wenn man sagt, sie hätten nicht Mut genug, um Schutz zu bitten.

Zum chinesisch-japanischen Zusammenstoß in Chengschiatung.

Amsterdam, 19. August. (W. L. W.) Nach einem hiesigen Blatte erzählt „Times“ aus Peking, daß die chinesischen und japanischen Berichte über die Vorgänge in Chengschiatung einander widersprechen. Sicher sei, daß die Truppen feindselig gegen einen japanischen Polizeibeamten und eine kleine Abteilung japanischer Soldaten aufgetreten seien. Es sei indes noch nicht festgestellt, was japanische Polizei und Soldaten an der mongolischen Grenze, fern von der verträglich festgesetzten Eisenbahnzone, getan hätten. Die Chinesen und japanischen Behörden in Peking hätten den strengen Befehl erteilt, weitere Feindseligkeiten zu verhüten. Die Behörden an Ort und Stelle stellten eine Untersuchung an und hofften zu erreichen, daß aus dem Zwischenfall keine diplomatische Frage entstehen werde.

Letzte Nachrichten.

Daunungslid.

Reddinghausen, 19. August. (L. U.) Beim Bau eines Maschinenhauses einer Zementfabrik wurden durch ein herabfallendes schweres Maschinenstück neun Arbeiter getötet und mehrere andere schwer verletzt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Erhöhung der Feuerungszulage im Glasergewerbe.

Auf die Eingabe der hiesigen Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Glaser Deutschlands an den Verband der Glasereien und verwandter Gewerbe von Berlin und den Vororten" wegen Erhöhung der vom 18. September d. J. an gezahlten Feuerungszulage ist im Bureau nachstehendes Schreiben eingegangen:

Berlin, den 17. August 1916.

An den Zentralverband der Glaser, Ortsverwaltung Berlin, z. S. des stellv. Bevollmächtigten Herrn Kitzke, Engelauer 15.

Den Eingang Ihres Schreibens vom 25. Juli bestätigend, teilen wir Ihnen mit, daß sich die Arbeitgeber in der am 15. d. M. stattgehabten Sitzung bereit erklärt haben, die freiwillig gewährte Feuerungszulage vom Montag, den 14. August, ab auf 1 M. pro Tag, 6 M. pro Woche, bis auf weiteres zu erhöhen.

Hochachtungsvoll

Karl Jost, Vorsitzender.

Um nun festzustellen, inwieweit diesem Beschluß bei der gestrigen Lohnzahlung nachgekommen wurde, ist es Pflicht der Kollegen, in der morgen abend stattfindenden Versammlung vollständig zu erscheinen. Es gilt dann die nötigen Maßregeln zu beraten, um auch denjenigen Kollegen diese Feuerungszulage zu sichern, die bei Meistern arbeiten, welche nicht Mitglied des Unternehmerverbandes sind.

Die Ortsverwaltung.

Der Verband der Bureauangestellten im zweiten Vierteljahr 1916.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes der Bureauangestellten hielt am 11. August ihre Quartalsmitgliederversammlung ab. Aus dem vom Bevollmächtigten Krüger erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß der Verband die Kriegszeit bisher ohne große Erschütterungen überstanden hat. Der Mitgliederstand war am 30. Juni 1916 2517 männliche Mitglieder (darunter 1156 Kriegsteilnehmer) und 504 weibliche Mitglieder, insgesamt 3021. Die Mitgliederzahl ist um 317 höher als vor dem Kriege. Diese Zunahme fällt ausschließlich auf die weiblichen Mitglieder. Eine am 1. März d. J. beschlossene Beitragserhöhung um 10-20 Pf. pro Monat ist glatt durchgeführt worden. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen im 2. Vierteljahr 1916 5228,00 M. Darunter an die Hauptkasse abgeführt 2718,85 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 3718,90 M. Am Schlusse des Vierteljahres verbleibt in der Lokalkasse ein Kassenbestand von 375,43 M. Die Arbeitsverhältnisse waren nicht unangünstig und die Stellenlosigkeit unter den Mitgliedern ganz minimal. In allen Branchen haben Bewegungen zur Erlangung von Feuerungszulagen stattgefunden. Bei den Krankenkassenangestellten, den Berufsgenossenschaftsangeestellten und den Industrieangestellten wurden eine Reihe von Erfolgen erzielt, zum Teil in Gemeinschaft mit anderen Angestelltenverbänden. Die großen Industriefirmen haben sich dabei unverändert auf ihren früheren Standpunkt gestellt, mit den Angestelltenorganisationen nicht zu verhandeln. Die bisherigen Versuche, mit Hilfe der Militärbehörden einen Druck auf die Firmen auszuüben, waren ebenfalls vergeblich. Das Ortsgruppenbureau verzeichnete 890 Posteingänge und 10 570 Postausgänge. Die Agitation war in den letzten Monaten immer schwieriger zu betreiben, da die Zahl der mitarbeitenden Funktionäre durch die Einberufungen immer mehr gelichtet wurde. Bei der Diskussion über den Geschäftsbericht wandte sich Wolter dagegen, daß die Ortsverwaltung beschloß, ein von der Generalkommission herausgegebenes Flugblatt über die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Politik des 4. August an die im Felde stehenden Mitglieder zu schicken. Er beantragte, die Versendung nicht vorzunehmen. Krüger

bekämpfte diesen Antrag, da die Generalkommission verpflichtet sei, den Gewerkschaftsmitgliedern über ihre Stellungnahme zu den schwebenden Fragen Rechenschaft abzulegen, besonders auch mit Rücksicht auf die von anderer Seite erfolgte Verjüngung von Flugblättern, die keinen gewerkschaftsfördernden Inhalt haben. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag Wolter mit Zweidrittel-Mehrheit abgelehnt und der Ortsverwaltung einstimmig Entlastung erteilt.

Deutsches Reich.

Die Lithographen und Steindrucker im Kriegsjahre 1915.

Die größte Arbeitslosigkeit, welche die Lithographenorganisation je zu verzeichnen hatte, fiel in die ersten Kriegsmomente. Allmählich verringerte sich das Heer der Arbeitslosen. Bei Beginn des Jahres 1915 waren aber immer noch 1506 Arbeitslose vorhanden, während am Jahresende nur noch 95 gemeldet waren. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß viele Mitglieder vom Beruf abgehen mußten und in anderen Gewerben für Kriegslieferung beschäftigt fanden. Andererseits hat die vermehrte Einziehung von Mitgliedern zum Kriegsdienst die Zahl der Arbeitslosen verringert. Der Verband, der bei Beginn des Jahres noch 11 028 (vor dem Kriege rund 17 000) Mitglieder zählte, konnte am Schlusse des Jahres 1915 nur noch 6553 aufweisen.

Auch die Lehrlingsabteilung des Verbandes wurde durch die Kriegsverhältnisse stark beeinflusst. Viele Lehrlinge verließen den Beruf und traten aus. Ein Teil wurde zum Militär eingezogen und ein anderer Teil lernte aus und trat in die Gehilfenabteilung über. Die Lehrlingsabteilung, die am Anfang des Jahres 1920 Mitglieder zählte, hatte am Schlusse des Berichtsjahres nur noch 1298 Mitglieder.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes im Jahre 1915 betragen 370 298 M. (gegen 763 145 M. im Jahre 1914), die Ausgaben 242 053 M. Trotz noch jetzt bestehender Unterstützungsleistungen wurden im Jahre 1915 immerhin noch an Arbeitslosenunterstützung 52 456 M., Krankenunterstützung für Gehilfen 28 065 M., für Lehrlinge 548 M., Invalidenunterstützung 21 383 M., Witwenunterstützung 13 068 M., Sterbegelder für Mitglieder 4575 M., für Mitgliederfrauen 1175 M. und für verlorbene Lehrlinge 75 M. gezahlt.

Burde so in finanzieller Hinsicht sparsam gewirtschaftet, so wurde auch auf anderen Gebieten alles getan, damit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert würden. Im Laufe des Jahres wurden 19 Tarifverträge für 94 Betriebe mit 593 Beschäftigten erneuert mit teilweise ganz wesentlichen Lohnverbesserungen. Am Ende des Jahres 1915 bestanden insgesamt 46 Tarife für 348 Betriebe mit zurzeit 2947 Beschäftigten, unter denen sich 2074 Verbandsmitglieder befinden. Außer diesen Tarifverträgen bestehen noch die mit dem Schutzbund Deutscher Steinbrudereibesitzer abgeschlossenen Vereinbarungen. Diese haben für 245 deutsche Firmen Geltung, in denen zurzeit etwa 2500 Lithographen und Steindrucker beschäftigt sind.

Um einen Ausgleich mit den gewaltigen Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse herbeizuführen, setzte fast überall eine lebhafte Bewegung zur Erlangung von Feuerungszulagen ein. Nach den bei der Verbandsleitung eingegangenen Meldungen erzielten im Jahre 1915 insgesamt 2092 Mitglieder zusammen 3408 M. wöchentliche Feuerungszulagen. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß außerdem noch eine Reihe weiterer Lohnzulagen erfolgt sind, die nicht gemeldet wurden. Zutreffend wird im Bericht gesagt: „Wenn diese Lohnzulagen auch nicht im entferntesten den Feuerungsverhältnissen entsprechen, so bleibt es doch um so unverständlicher, daß noch eine ganze Anzahl von Betrieben absolut kein Verständnis für die Notlage ihres mit großen Entbehrungen kämpfenden Personals hat.“

Der Verband hat auch im verfloffenen Jahre versucht, eine fürsorgliche Tätigkeit für seine kriegsbeschädigten Mitglieder auszuüben. Er hat mit den Unternehmern aller Branchen Ausein-

anderungen gepflogen, die für die Chemigraphen und Kupferdrucker eine Arbeitsgemeinschaft gebracht haben. Der Schutzbund Deutscher Steinbrudereibesitzer ließ sich auf eine gemeinschaftliche Arbeit nicht ein und lehnt auch jeden Versuch zu einer engeren tariflichen Verbindung, wie auch die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das ganze deutsche Steinbrudergewerbe ab. Infolgedessen hat der Verband seinen Arbeitsnachweis organisch ausgebaut, damit durch den Nachweis besonders nach Kriegsende die Unterbringung der Krieger wirksam gefördert werden kann.

Im Bericht wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß es durch die getroffenen Maßnahmen der Verbandsleitung möglich sein wird, bei Kriegsende den zurückkehrenden Kriegern durch den Verband eine gute Stütze zu bieten.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge im Malergewerbe.

Der Hauptverband Deutscher Arbeitgeber im Malergewerbe und die Gehilfenorganisation haben für die Kriegsbeschädigtenfürsorge Maßnahmen aufgestellt, die in der Nr. 82 der vom preussischen Kriegsministerium herausgegebenen amtlichen Mitteilungen, den „Ausstellungsnachrichten“, abgedruckt werden. Auch der Verband strebt an, daß die kriegsbeschädigten Gehilfen möglichst in ihrem bisherigen Berufszweige und, wenn angängig, auch in dem Betriebe, in welchem sie vor ihrer Kriegseinzug arbeiteten, wieder beschäftigt werden.

Die Grenze gewerkschaftlichen Umlernens.

Von der Sozialdemokratischen Bürgerauswahlfraction in Karlsruhe erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 23 der „Gleichheit“ war eine Notiz über die Beschäftigung und Entlohnung von Kriegerfrauen in den „Karlsruher Kriegsläden“ enthalten. Diese Notiz ist in den „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“ und den „Vorwärts“ (in Nr. 219 unter obenstehender Spitzmarke) aufgenommen und in einer Redaktionsbemerkung die Schlussfolgerung gezogen worden, als ob der Genosse Kolb im Karlsruher Stadtrat die Interessen der Kriegerfrauen nicht genügend vertreten und für eine richtige Entlohnung der Frauennarbeit kein Verständnis hätte.

In einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Bürgerauswahlfraction, in der auch die Genossen Vonning und Kolb anwesend waren, wurde einwandsfrei festgestellt, daß die Interessen der Kriegerfrauen von allen sozialdemokratischen Stadträten im Karlsruher Stadtrat in entscheidender Weise vertreten und auch der Entlohnung der Frauennarbeit die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Ausland.

Auffschwung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Der schweizerische Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiterverband hat im ersten Halbjahr 1916 seine Mitgliederzahl um 673 auf 5661 Vollmitglieder erhöht. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1915 beträgt die Mitgliederzunahme 1465. Der gleiche Verband hat im ersten Halbjahr 1916 für 6210 Arbeiter und Arbeiterinnen in 228 Betrieben an 83 Orten Lohnverbesserungen und Feuerungszulagen von 10 098,20 Fr. wöchentlich und 525 106 Fr. jährlich errungen.

Noch keine Beilegung des amerikanischen Eisenbahnkonfliktes.

Die Bemühungen des Präsidenten, die Lage der Eisenbahnen, die auf einem toten Punkt angelangt ist, zu lösen, sind bisher vergeblich gewesen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Mäßig warm, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt mit öfter wiederholten Regenfällen.

A. WERTHEIM

Soweit Vorrat

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Montag bis Mittwoch

Porzellan

Billiges weißes Porzellan

Speiseteller flach	20 Pf.
Frühstücksteller	15 Pf.
Kompotteller	12 Pf.
Kartoffelnäpfe mit Deckel	65 Pf.
Tunkeschalen	45 Pf.
Suppenschüsseln mit Deckel	1.25
Kompottschüsseln von 22 bis 70 Pf.	
Bratenschüsseln oval von 23 Pf. b. 1.10	
Gemüeschüsseln rund	28 Pf.
Senfgefäße	18 Pf.
Kaffeekannen	33 45 Pf.
Teekannen	25 Pf.
Milchtöpfe	12 15 25 Pf.
Zuckerdosen	8 15 Pf.
Tassen	9 15 Pf.
Kuchenteller	19 Pf.

Tafelgeschirr „Gertrud“

feines Randmuster

Speiseteller tief oder flach	48 Pf.
Frühstücksteller	35 Pf.
Kompotteller	25 Pf.
Kartoffelnäpfe mit Deckel	3.05
Tunkeschalen	1.95
Suppenschüsseln mit Deckel	4.25 5.40
Kompottschüsseln	1.15 1.35 1.55
Bratenschüsseln oval von 1.10 bis 2.95	
Gemüeschüsseln rund	2.55
Senfgefäße	1.10
Salzgefäße	60 Pf.
Butterglocken	1.25
Beilagschalen	95 Pf.
Kaffeesevice für 6 Pers.	5.25 für 12 Pers.
Tassen	35 Pf.

Besonders preiswert

Butterdosen bunt bemalt	45 48 65 Pf.
Geleedosen bunt bemalt	35 45 55 Pf.
Honigdosen bunt bemalt	38 42 Pf.
Frühstücksätze bunt bemalt für 2 Pers.	95 Pf.
Obstsätze bunt bemalt, 7 tellig	95 Pf.
Speiseteller tief, flach, mit Goldrand	35 Pf.
Frühstücksteller m. Goldrand	25 Pf.
Kompotteller mit Goldrand	20 Pf.

Kaffeesevice feine Muster

9 tellig, für 6 Personen

3.90 6.90

Kaffeesevice für 12 Personen

16 tellig

8.50 9.75 11.50

Tafelservice feine Muster

für 6 Pers. für 12 Pers. für 12 Pers.

30teil 25 M. 60teil 46 M. 77teil 64 M.

Tassen bunt bemalt 18 22 Pf.

Glaswaren

Preßglasgarnitur „Cumberland“

Butterdosen	35 Pf.
Käseglocken	85 Pf.
Obstschalen auf Fuß	1.05
Salatschüsseln von 13 bis 55 Pf.	
Kompotteller	10 13 Pf.
Obst- oder Kuchenteller	40 50 68 Pf.
Zuckerschalen	20 Pf.
Blumenvasen	70 Pf. 1.05

Preßglasgarnitur „Olivenmuster“

Butterdosen	43 Pf.
Käseglocken	55 Pf.
Obstschalen	95 Pf.
Kompottschüsseln von 7 bis 65 Pf.	
Kompotteller	10 Pf.
Kuchenteller	35 60 89 Pf.

Einmachehafen

von 27 bis 55 Pf.

Einmachekrausen 20 27 Pf.

Geleegläser von 9 bis 13 Pf.

Honiggläser ohne Deckel 11 13 Pf.

Honiggläser mit Deckel von 13 bis 50 Pf.

Einkoch-Apparate mit Thermometer

Marke „Globus“ 11 M.

Besonders preiswert

Bierbecher i. versch. Form und Größen 15 Pf.

Bowlen 1.95

Likörflaschen 42 Pf.

Weinflaschen 45 Pf.

Bierkannen 1.10

Marke „Frankonia“ 10 M.

Schleifglas

Bierbecher	27 33 Pf.
Wasserbecher	35 Pf.
Likörgläser	25 Pf.
Süßweingläser	30 Pf.
Weingläser	35 Pf.
Kompottschüsseln von 65 Pf. bis 1.95	
Kompotteller	30 35 Pf.
Sturzflaschen reich geschl. von 95 Pf. 2.30	
Obstspüler	1.45

Trinkglasgarnitur

Rot- od. Rheinweingläser	48 Pf.	38 Pf.
Süßweingläser	49 Pf.	30 Pf.
Likörgläser	36 Pf.	25 Pf.
Champagnerkelche	50 Pf.	55 Pf.
Bierbecher	55 Pf.	30 Pf.
Biertulpen	60 Pf.	50 Pf.

Chronik des Weltkrieges.

20. August 1914.

Einmarsch der deutschen Truppen in Brüssel.
Kämpfe mit den Belgiern bei Tirlemont und bei Perwez.
Ablehnung der zweiten Aufforderung Deutschlands an Belgien, mit ihm ein Abkommen zu treffen. Ankündigung energischer Kriegsführung gegen Belgien.
Feuergefecht zweier deutscher Kreuzer gegen englische Unterseeboote und Zerstörer. Ein englisches Unterseeboot wird vernichtet.
Papst Pius X. gestorben.
Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht Aktenstücke über einen Meinungsaustausch zwischen Deutschland und England unmittelbar vor Beginn des Krieges. Deutschland erklärt seine Bereitwilligkeit, Frankreich zu schonen, falls England neutral bleibe und die Neutralität Frankreichs garantiere.

20. August 1915.

Im Westen Kämpfe bei Souchez und am Schrymännke in den Vogesen.
Im Osten Verfolgungskämpfe mit den aus Kowno entkommenen Russen.
Weitere erfolgreiche Angriffe der Armee des Generals von Gallwitz.
Einnahme von Nowo-Georgiewsk, der letzten polnischen Festung. Gefangennahme der gesamten Besatzung, 6 Generale, 85 000 Mann. Erbeutung von über 700 Geschützen mit sonstigem ungeheuren Kriegsmaterial.
Weiteres Vordringen der Armee des Prinzen Leopold von Bayern und des Generalfeldmarschalls von Mackensen.
Auf dem italienischen Kriegsschauplatz gescheiterte Angriffe der Italiener im Küstenlande, bei Tolmein und bei Goerz.
Kriegserklärung Italiens an die Türkei.
Einberufung aller wehrfähigen Männer im asiatischen Rußland.
Der Deutsche Reichstag bewilligt die neuen Kriegskredite in Höhe von 10 Milliarden. Insgesamt sind nunmehr 30 Milliarden Mark bewilligt worden.

Herr v. Heydebrand

über Neuorientierung und Sozialdemokratie

Die konservative Presse veröffentlicht jetzt den biographischen Bericht über die Rede, die der konservative Führer Herr v. Heydebrand in Frankfurt a. M. gehalten hat. Von Interesse sind vor allem die Ausführungen, die er über die preussische Wahlreform und über die Sozialdemokratie gemacht hat. Zu der ersteren Frage führte er aus:

„Die Konservative erkennen natürlich an, daß, wie es überhaupt kein ideales Wahlrecht gibt, so auch das preussische Wahlrecht kein ideales ist. Und es ist eine reine Verdringung, wenn wir etwas Derartiges gesagt zu haben in den Mund gelegt wird. Dazu bin ich denn doch in der Mitte der Sechziger und als ein Mann, der vierzig Jahre im politischen Leben steht, allmählich zu reif geworden, um mir nicht die Idee zu machen, daß Gesetze, auch Wahlgesetze, nicht für alle Zeiten gelten, daß sie nur dann eine Gewähr der Dauer in sich tragen, wenn sie sich auch veränderten Verhältnissen anzupassen vermögen. Das sehen wir ebenso ein wie diejenigen, die bei einer Reformierung der Wahlgesetze ihren Vorteil zu finden glauben. Aber was wir nicht einsehen, und bei der Gelegenheit nicht wollen, das ist, daß wir die Art, wie Preußen doch nun einmal seine Volksvertretung hat, in ein allgemeines Schema aufgehen lassen wollen. Wir wollen der preussischen Volksvertretung ihre Eigenart, die, wie wir glauben, in unserm Bürgertum, in unserer ganzen bürgerlichen Gesellschaft wohl begründet ist, erhalten. Wir haben das Reichstagswahlrecht, das der großen Masse ein maßgebendes Urteil und eine maßgebende Entscheidung bietet. Wenn wir aber dazu übergehen, in den Einzelstaaten die maßgebenden Rechte, die dort die Volksvertretung hat, herabzubringen, dann muß sich doch jeder, der die soziale Bestimmung unseres Volkes erhalten will, bestimmen, ob er da ganz auf dem richtigen Wege ist. Wir sind der Meinung, daß wir dem Volksganzen dienen, wenn wir ihm ein der Eigenart unserer preussischen Einrichtungen, unseres ganzen Volkstums angepaßtes Wahlrecht erhalten. . . . Wenn man dazu übergeht, eine Uniformierung vorzunehmen, in einem vielleicht nicht allen besonders angenehmen Staatswesen, dann kommen auch die anderen daran und dann läuft alles darauf hinaus, ob wir wirklich einen Einheitsstaat wollen oder ob wir das föderalistische Prinzip, das unsern ganzen Staatswesen zugrunde liegt, erhalten wollen. Wir Konservative sind der festen Überzeugung, daß das Deutsche Reich und das deutsche Volk nur gesund und stark bleiben, wenn die historische Selbständigkeit seiner einzelnen Volksteile weiter in Zukunft gewahrt wird.“

Auf die Sozialdemokratie übergehend, führte der Redner aus: Wenn man in einem Hause zusammengelassen hat, das so berannt worden ist, wo alle Mitglieder bis zum letzten gekämpft haben, um sich ihrer Feinde zu erwehren und das Haus zu erhalten, dann kann man hinterher nicht tun, als ferne man den einen oder anderen nicht, der in dieser Stunde der Gefahr neben einem gestanden hat. Die Sozialdemokratie hat durch alle ihre maßgebenden Persönlichkeiten die volle Aufrechterhaltung aller ihrer Grundzüge proklamiert. Sie ist und bleibt noch ihrer eigenen Erklärung international. Herr v. Heydebrand fährt dann fort:

„Wie kann man einer Partei, die in der Verbrüderung des Proletariats der ganzen Welt eines ihrer Hauptziele sieht, ein volles Gleichgewicht zugestehen mit denjenigen Volksteilen, die eben nur in dem eigenen Staate ihr Wohl und ihr Heil erblicken? Ich bin der Überzeugung, wenn die Sozialdemokraten unter sich sind, dann sind gewiß sehr viele unter ihnen, die die Empfindung dafür haben, daß die Verbrüderung des Proletariats der ganzen Welt, von der sie doch — auch die Sozialisten — eine Antwort bekommen, die sehr wenig harmonisch klingt, daß diese Verbrüderung sehr viel weniger für sie bedeutet, als das Wohl und das Eingehen in die Arbeit eben dieses Vaterlandes, das sie mit uns verteidigt haben. Deshalb kann es ja sein, daß da eine Wandlung eintritt; ob es freiwillig geschieht, weiß ich nicht, man muß eben abwarten. Solange es nicht geschieht, wird man unmöglich Begriffe wie national und antinational zum alten Eisen werfen dürfen. Das hiesse uns selbst aufgeben. Können wir herunter vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft? Können wir unsere Stellung zur Monarchie und zur Religion, zum Privateigentum und zur Ehe abstoßen, wie die Mode einen alten Mod? Das ist ganz unmöglich. Hier liegen Gegensätze, die sich nicht überbrücken lassen. Deswegen halte ich anrecht, daß man in Gerechtigkeit und vollster Objektivität das zu prüfen hat, was an den Wünschen haltbar und mit den Interessen unseres Landes, wie wir sie von unserer Seite vertreten, verträglich ist. Und wir wollen mal ganz offen sein: Daß die Sozialdemokratie damals am 4. August vorbehaltlos für ihr deutsches Vaterland eingetreten ist, das war in dem Sturm der Begeisterung kaum anders zu erwarten. Hat doch selbst der alte Wedel — ich glaube,

ich habe es selbst gehört — ausgesprochen, wenn die Stunde kommt, in der das Vaterland in Gefahr ist, nehme er selbst die Plinte auf den Buckel. Das dürfte, das könnte man nicht anders erwarten. Das war der Sturm der Begeisterung, der alles mit sich fortrah. Was ich höher bewerte, ist, daß auch in der langen Zeit der Prüfung, die wir durchmachen, die Vertreter dieser Richtung darauf halten, daß ihre Anhänger ausscharen, daß auch sie ertragen und dulden. Das ist um so mehr anzuerkennen, wenn es geschieht auch gegenüber der Gewöhnung an die frühere Art der Kritik, bei der oft Ansprüche bedauerlicher Art ohne genügende Prüfung ihrer Sachlichkeit vertreten wurden. Würde es nicht geschehen, so würde ich sehr bedenkliche Folgen für unser Vaterland daraus entstehen sehen.“

Politische Uebersicht.

Nationalliberale und Konservative.

In einer Besprechung der Äußerungen Seydebrands und Westarps sagt die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Er (Graf Westarp) erklärt zwar die Bezeichnung der deutschen Sozialdemokratie als einer „nationalen“ Partei als durch die Betätigung ihrer Anhänger im Weltkrieg hinfällig geworden. Aber ihre Bestrebungen seien republikanisch, antimonarchisch, auf die Herbeiführung einer Herrschaft der Masse gerichtet. Also müsse der Gegensatz der Konservativen zur Sozialdemokratie unüberbrückbar und unverwundbar bleiben. Damit entzieht sich also gerade in den wichtigsten inneren Fragen wenigstens die konservative Partei die Freienservativen zeigen sich in wesentlichen Punkten entgegenkommender) einseitigen der Neuorientierung, als deren wichtigste Grundlagen man auch innerhalb der national-liberalen Partei die Erziehung der Sozialdemokratie zur positiven Mitarbeit an den staatlichen Aufgaben und eine vernünftige preussische Wahlreform ansieht. Und mit der Orientierung der Parteien wird es darum vermutlich für längere Zeit noch so stehen, wie es der Abg. Dr. Friedberg in einer bedeutenden Rundgebung zu Beginn dieses Sommers darlegte: „Wenn im Reichstag in der für uns augenblicklich wichtigsten Frage, der Kriegs- und Friedensziele, eine größere Uebereinstimmung der national-liberalen Partei mit den rechtsstehenden Parteien als mit den linksstehenden abwaltet, so werden sich dagegen im preussischen Landtage naturgemäß die Veränderungspunkte nach links ergeben.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich neulich auch die „Kreuzzeitung“ in einer Polemik gegen die „Süddeutsche Konservative Korrespondenz“, die in einer Kampfstellung zu den Nationalliberalen steht. Die „Kreuzzeitung“ schrieb:

„Der Unterschied in grundsätzlichen Auffassungen, die zwischen der konservativen und nationalliberalen Partei bestehen und die in innerpolitischen Fragen gewiß auch in Zukunft zu manchem Meinungsstreit führen werden, sind sich die konservativen wie die nationalliberalen Parteimitglieder wohl bewußt. Jetzt handelt es sich in den Fragen der Einflußnahme des Kanzlers als Leiters der auswärtigen Politik auf die Führung des Krieges und auf den Abschluß des Friedens um Entscheidungen, die auf Jahrzehnte, ja auf Generationen hinaus für den Bestand und die Zukunft des Deutschen Reichs von grundlegender Bedeutung sind. Es geht nicht an, die Stellung, die der Abgeordnete Wassermann zu diesen Fragen eingenommen hat, auch nur hypothetisch als alldeutschen Chauvinismus zu bezeichnen zu wollen. Davon ist gar keine Rede und dazu sollte auch die Meinung, daß innerpolitische Gegensätze auch in Zukunft weiter auszuweichen sein werden, nicht verleiten. Wir wissen uns vielmehr mit den maßgebenden Stellen der konservativen Partei durchaus einig darin, daß wir es begrüßen, daß Herr Wassermann und mit ihm der ganz überwiegende Teil der nationalliberalen Partei in diesen äußeren Fragen für Auffassungen eintreten, die den unsrigen durchaus nahesteht.“

Die offiziöse Note besagt also, daß die konservative Partei, unbeschadet ihrer sonstigen Gegensätze zu der national-liberalen Partei, sich mit der vorherrschenden Richtung Wassermann in den Kriegs- und Friedensfragen durchaus solidarisch fühlt und Schulter an Schulter mit ihr für die Durchführung ihres gemeinsamen Programms eintritt. Welcher Art dieses Programm ist, haben noch die letzten Rundgebungen Westarps und Seydebrands dokumentiert.

Jesuitengesetz für Vereinsgesetz.

Unter dieser Ueberschrift verbreitet die Z. N. „gestützt auf einer Information aus parlamentarischen Kreisen“, folgende Mär:

„Die Konservativen haben dem Zentrum vor oder während der letzten Reichstagsitzung in aller Form angeboten, ihm bei der Aufhebung des Jesuitengesetzes und auch bei der Durchsetzung bestimmter anderer Zentrumswünsche behilflich zu sein, wenn das Zentrum dafür gegen die der Rechte außerordentlich verhäßte Abänderung des Reichsvereinsgesetzes stimmen würde. Zusammen mit der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, die ja ebenfalls gegen dieses Gesetz war, hätte man die Zustandekommen dieses Abhandels die Mehrheit im Reichstag gehabt, womit das Gesetz zu Fall gebracht worden wäre. Bereitet wurde diese „Koalition“ zwischen Konservativen, Zentrum und äußerster Linken nur durch den Widerspruch der Arbeitervertreter im Zentrum, die sogar mit ihrem Austritt aus der Fraktion drohten für den Fall, daß das Zentrum gegen das Gesetz stimmen würde.“

Der parlamentarische Gewährsmann der Z. N. ist über das von den Konservativen dem Zentrum angebotene Handlungsgeschäft recht ungenau unterrichtet. Er weiß mit Bestimmtheit nur anzugeben, daß die Konservativen dem Zentrum die Hilfe bei Aufhebung des Jesuitengesetzes zugesagt haben. Die anderen Zentrumswünsche, für deren Durchsetzung die Konservativen sich ins Zeug legen wollten, scheint er nicht zu kennen.

Wie wird erst die Unfähigkeit der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ bei der Beratung des Entwurfs über Abänderung des Vereinsgesetzes offenbar, wenn erst bekannt wird, daß die Konservativen dem Zentrum alles, alles angeboten haben, was das Zentrum an speziellen Forderungen seit 30 Jahren vergeblich erstrebt hat, und daß das Zentrum dieses hochherzige Angebot abgelehnt hat, um nur unter allen Umständen die Abänderung des Vereinsgesetzes zu retten! Wer hätte das von dem flugen Zentrum erwartet! Das von seinen eigenen Arbeitervertretern als schwächliches Gliedwerk bezeichnete Vereinsgesetz wird der Aufhebung des Jesuitengesetzes und den anderen bestimmten Zentrumswünschen vorgezogen. Wie wertvoll muß doch dieses Vereinsgesetz, diese Regimentschöpfung, sein, und wie dumm benimmt sich doch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft! Die Z. N. behauptet es. Wer will jetzt noch daran zweifeln?

Gegen die Heißsporne

wendet sich in seiner letzten erschienenen Nummer 84 das Blatt des christlichen Bauarbeiterverbandes, die „Baugewerkschaft“. Gegenüber „einer einflussreichen rechtsstehenden Gruppe“ heißt es da:

„Immer, wenn diese Richtung etwas fordert oder etwas geben soll, dann verlangt es angeblich öffentliches Interesse, daß es in ihrem Sinne gemacht wird. Das kann man nur verstehen, wenn man sich klarmacht, daß diese Kreise immer noch meinen, sie seien das Vaterland, der Staat und die Gesellschaft.“

Das Blatt schildert die Schrecken der Frontkämpfe, den Jammer daheim usw., und es schreibt dann:

„Ein Staatsmann, der unter solchen Umständen nicht alles täte, was in seiner Macht stände, um das Blutvergießen zu beenden, müßte vor der Geschichte als ein Verbrecher an seinem Volke dastehen.“

Zu der Politik der Reichsleitung hat die „Baugewerkschaft“ das höchste Vertrauen. „Entschiedenem Mißtrauen“ aber bringt das Blatt jenen Kreisen entgegen, die mit ihren radikalen Kriegsziele den Krieg verlängern. Die Arbeiterbevölkerung hat jedoch viel zu schwer zu leiden, als daß sie durch radikale Kriegsziele zur Verlängerung des Krieges beitragen könnte.“

Zum Schluß gibt auch die „Baugewerkschaft“ der Ansicht Ausdruck, daß die Kriegsziele nur der äußere Anlaß der Opposition gegen den Reichskanzler seien, während in Wirklichkeit „die reaktionären Kreise“ eine mehr demokratische Politik nach dem Kriege befrachten; man suche den Kanzler deshalb beizeiten zu Fall zu bringen. „Die sehr herrschende Klassen um ihre Macht bangen und welche Mittel sie anzuwenden fähig sind“, dafür liefere die Geschichte Belege genug. Die Arbeiterschaft müsse „die Augen offen halten.“

Die „Kleine, aber strupellose Clique“.

Zu der herausfordernden Frage des Grafen Reventlow, warum denn die Reichsleitung nicht die Personen nenne, aus denen sich die kleine, aber strupellose Clique zusammensetze, von der die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ gesprochen, bemerkt die national-liberale „Magdeburgische Ztg.“:

„Vielleicht wäre das in der Tat ganz nützlich. Wie wäre es z. B. mit einigen Aufklärungen über eine gewisse Vertrauensmännerberufung, die am 30. Juli in München eine Probe davon gemessen hat, wie von dieser kleinen, aber strupellosen Clique gearbeitet wird?“

Nach dieser Andeutung zu urteilen, scheint die „Kleine, aber strupellose Clique“, zu der, wie es heißt, „zahlreiche alte und gute Bekannte“ der Regierung gehören sollen, eine Propagandafreibeit zu genießen, die für die linksstehenden Kreise schon längst illusorisch geworden ist.

Eine Berichtigung Dornburgs.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat von dem früheren Staatssekretär Dr. Dornburg folgende Zuschrift erhalten:

„In alldeutschen Blättern wird eine Erzählung verbreitet, wonach ich kürzlich auf einer Reise nach der Nordostfront in Libau einen Vortrag gehalten habe, in dem ich eine Annäherung an England empfohlen hätte. Dieser Vortrag sei einer allgemeinen Ablehnung begegnet.“

Diese Geschichte ist von Anfang bis zu Ende erfunden.“

Steuerreform in Sachsen.

Dem in der nächsten Zeit zu einer außerordentlichen Tagung zusammenzutretenden sächsischen Landtage wird ein Gesetzentwurf über die Zusammenlegung der Einkommen der Eheleute bei der Einschätzung zur Einkommensteuer vorgelegt werden. Man erwartet daraus eine Mehreinnahme von etwa 800 000 M. Außerdem wird sich der Landtag mit der Einführung des Elektrizitätsmonopols zu befassen haben.

Christliche „Umformer“?

Das „Zentralorgan deutscher Eisenbahner“, das Blatt der christlichen Richtung, wendet sich in einem Leitartikel „Wir National-Sozialisten“ gegen den freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverband. Der neue Verband sei noch der für die Staatsarbeiter sehr mageren Reichsvereinsgesetze novelle das zweite Mäuslein, das der freiherrliche Berg der „Neuorientierung“ im Reichsamit des Innern geboren habe. Besser wäre es gewesen, wenn der freiherrliche Berg ein zeitgemäßes Staatsarbeiterrecht geboren hätte. Bemerkenswert ist, wie das christliche Blatt die Unorganisierten an sich zu reizen sucht. Es ruft ihnen zu:

„Nach dem Kriege wird zum Schrecken aller bürgerlichen Parteibögen die politische Mülerei von Anno dazumal nicht so weiter gehen. Das öffentliche Leben wird beherrscht werden von dem Kampfe des Sozialismus, getragen von einer sozialistischen Riesenwelle gegen die Auswüchse des Kapitalismus, gegen den Rammonismus.“

Man müßte, heißt es an anderer Stelle, an der Menschheit zweifeln, wenn die heutigen Massengemeindegel von Zeit zu Zeit eintraten müßten. Nein, dieser Zustand werde beseitigt werden, wenn nicht mehr Gold und Profit, sondern der Mensch eine zentrale Stellung einnehmen würden. Und dann kommt die Versicherung, daß auch die christlichen Gewerkschaftler umgelernt hätten:

„Gewiß: die wirtschaftlichen Vorgänge im Verlauf des Weltkrieges haben gezeigt, daß unser früheres Schlagwort vom Arbeiten „auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ ein großer Irrtum war. Wir haben uns während des Krieges in verstärktem Maße davon überzeugen müssen, daß die Strukturfehler unserer Volkswirtschaft in Produktion, Konsum und Verteilung der Steuerlasten so große sind, daß mit sozial-reformerischen Pflasterchen und Beschneiden, durch gewerkschaftliche Arbeit erzielten Einkommenserhöhungen ein gerechter Anteil an den von der Volksgemeinschaft erzeugten kulturellen Gütern materieller und geistiger Art für die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten nicht mehr herbeigeführt werden kann. Hier hilft kein Pflasterchen mehr, sondern nur noch eine gründliche Umgestaltung unserer Wirtschaftsreform.“

Es folgt dann eine Aufzählung weitgehender staats- und kommunal-sozialistischer Forderungen und schließlich der Ausruf: „Wir sind Sozialisten, christliche, kaisertreue Sozialisten.“

Nach diesen Äußerungen zu urteilen, scheint dem Verfasser des zitierten Artikels das Ideal eines christlich-monarchischen Staatssozialismus vorzuschweben. Daraus näher einzugehen sehen wir keine Veranlassung. Hervorgehoben aber verdient die Tatsache, daß im Lager der christlichen Gewerkschaften das Verharren „auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ als ein großer Irrtum bezeichnet und eine scharfe Ablage an die „sozial-reformerischen Pflasterchen“ erteilt wird. Welche Konsequenzen geben aber die Verfechter dieser Anschauung auf politischem Gebiete aus ihrer neuen Erkenntnis zu ziehen?

Gottesglaube und Krieg.

In dem zweiten Augustheft der katholischen Zeitschrift „Historisch-politische Blätter“ ist Seite 202 zu lesen: „Wenn aber irgend etwas unzweifelhaft feststeht, so ist es dieses, daß der Krieg gegen den Willen des Vaters aller Dinge und gegen die ausdrückliche Warnung seines irdischen Stellvertreters aus der höchsten demokratischen und autoritativen Initiative jener Welt hervorgegangen ist, die keinen Gott kennt und keinen Erlöser braucht, weil sie sich selber Gott und Heiland ist.“

In einem Hirtenbriefen an die Kinder seiner Erzdiözese hat der Kölner Kardinal Dr. v. Hartmann vor einigen Wochen genau das Gegenteil dessen gesagt, was nach der Meinung der Hochgestellten, im 79. Jahrgang erscheinenden katholischen Zeitschrift „unzweifelhaft feststeht“. Kardinal Hartmann schrieb („Kirchlicher Anzeiger“ S. 106):

„Der Krieg ist eine harte Strafe, die Gott über die Menschen kommen läßt, weil so viele Gott den Herrn durch die Sünde beleidigt haben.“

Auch den Frieden will Gott noch nicht zulassen, wie der Kardinal meint. Er schreibt weiter:

„Warum ist denn noch kein Friede? Ich will es Euch sagen: Weil wir alle noch nicht genug gebetet haben und weil der gerechte heilige Gott noch nicht genug verärgert ist wegen der vielen Sünden, die den Krieg verschuldet haben und weil Gott sieht, daß die Menschen noch nicht verdienen, daß der Krieg aufhöre und der Friede kommt. Darum müssen wir alle, auch Ihr Kinder, noch dröser werden und mehr und besser beten und Gottes gerechten Zorn besänftigen. Das wissen wir alle und fühlen tief im Herzen, wie wahr es ist.“

Mandatniederlegung.

Der Landtagsabgeordnete Spitzig, freikonservativer Vertreter des Kreises Zellerfeld-Ilfeld, hat nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ sein Mandat niedergelegt.

Das tägliche Brot.

Preistreiberien bei Milchlieferungen.

Die „Dresdener Volkszeitung“ ist in der Lage, folgendes Schreiben zu veröffentlichen:

„Verein der nach Dresden liefernden Milchproduzenten.“

Dresden, den 8. Februar 1918.

Gechter Herr!

Wir hatten in unserer Generalversammlung am vergangenen Freitag beschlossen, daß die Milch liefernden Landwirte eine Einschränkung ihrer Milchherzeugung eintreten lassen sollten, und zwar in Höhe von 20 bis 30 Prozent, um eine Erhöhung des Milchpreises durchzuführen. Die Milchpreiserhöhung soll vom 18. d. M. ab beginnen. Der Landwirt soll von da ab zwei Pfennig per Liter mehr von seinem Abnehmer verlangen. Die Firma Fund (die zahlreiche Verkaufsstellen in Dresden hat, D. Red.) will in eine Erhöhung nicht eingehen, weshalb sich der Milchproduzentenverein gezwungen sieht, diese Erhöhung allein durchzuführen. Dies ist aber nur möglich, wenn unsere Mitglieder fest zusammenhalten, und deshalb ergeht an die Lieferanten das dringende Ersuchen, diese Sache mit zu unterstützen und in obiger Weise, wie der Versammlungsbeschluß besagt, einzuwirken. Die Einschränkung des Milchkonsums soll von den Landwirten sofort ins Werk gesetzt werden, so daß namentlich um die Zeit des 15. Februar besonders wenig Milch in Dresden eintrifft. Sie haben es doch in Ihrer Hand, als landwirtschaftlicher Vereinsvorstand die Mitglieder, welche doch hauptsächlich Milchlieferanten nach Dresden sind, sofort in eine Versammlung einzuladen und diese dringend zu ersuchen, daß jeder seine Milchherzeugung wenigstens zunächst (!) auf diese kurze Zeit einschränken muß, damit wir endlich zu unserem Ziele kommen. Wir erwarten Ihre tatkräftige Unterstützung und zeichnen Hochachtungsvoll

Vertraulich. gez. Hänfel.
Das Schreiben spricht so deutlich für sich selbst, daß wir uns jeden Kommentar dazu ersparen können.

Aus der Partei.

Die Kriegsdarstellung des „Internationalen Jahrbuchs für Politik und Arbeiterbewegung.“

Von der Buchhandlung Vorwärts wird uns geschrieben: Genosse Eduard Bernstein hebt in seinem Artikel in Nr. 225 des „Vorwärts“ die Darstellung der Ereignisse am Vorabend des Weltkrieges, die im dritten Jahrbuch des „Internationalen Jahrbuchs für Politik und Arbeiterbewegung“ gegeben ist, anerkennend hervor und hält einen Sonderdruck des Heftes für sehr wünschenswert. Dieser Anregung möchten wir zum Nutzen der Interessierten den Hinweis anschließen, daß das von Bernstein genannte Heft — ein Doppelheft — nicht nur an die Abonnenten des Jahrbuchs, sondern an jeden Mann gesondert käuflich abgegeben wird. Besonders sind auch die weiteren Quartalshefte des Jahrbuchs zu kaufen, die das Thema „Das Deutsche Reich und der Weltkrieg“ weiterführen und den Lesern die Ereignisse, chronologisch in Tagesgruppen geordnet, als eine Geschichte von Politik und Arbeiterbewegung während des Weltkrieges vergegenwärtigen. Jedes Quartalsheft kostet im Einzelbezug 3,75 M., im Jahresabonnement 3.— M., der gebundene Jahrgang 15.— M. Das vom Genossen Bernstein genannte Heft ist 488 Seiten stark und kostet mit eingehendem Inhaltsverzeichnis 7,50 Mark. — Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Zu den Parteidifferenzen in Teltow-Beeskow.

Wegenerklärung.

Von den unterzeichneten Genossen werden wir um Aufnahme nachstehender Zuschrift gebeten:

Genosse Groger behauptet in seiner in der Donnerstagsnummer abgedruckten Richtigkeitstellung von den ausgeschalteten Mitgliedern des erweiterten Vorstandes:

„Es ist nicht wahr, daß der Kreisvorstand seit Anfang Juni die Mitglieder des erweiterten Vorstandes und den Abgeordneten des Kreises ausgeschaltet hat. Wahr ist, daß nur die Kreisfunktionäre nicht mehr geladen wurden, welche die Parteispaltung guthießen und sich in dieser Richtung hin betätigten.“

Demgegenüber haben wir zu erklären, daß diese Behauptung des Genossen Groger eine Unwahrheit ist, für die er auch nicht die Spur eines Beweises erbringen kann. Sie dürfte nur zu dem Zweck aufgestellt sein, um den Parteivorstand von der angeblichen Rechtmäßigkeit des Rumpfvorstandes zu überzeugen.

Aber trotz dieser Darstellung des Genossen Groger bleibt nach wie vor wahr, daß der engere Kreisvorstand unbeschädigt die Funktionäre, die sich zur Opposition — in der größten Mehrzahl zur Arbeitsgemeinschaft — bekennen, seit der Sitzung am 8. Juni zu keiner Sitzung mehr geladen und damit dieselben ausgeschaltet hat.

Wahr bleibt nach wie vor, daß bis zu dem erwähnten Termin alle entscheidenden Beschlüsse nicht durch den engeren Vorstand, sondern durch die Kreisfunktionäre, an der die Mitglieder des erweiterten Vorstandes teilnahmen, gefaßt wurden, so z. B. die Gewährung von Rechtschutz und Unter-

stützung, die Einberufung von Konferenzen, Generalversammlungen und die Feststellung deren Tagesordnungen.

Wenn Genosse Groger demgegenüber behauptet, daß nach dem Statut der Vorstand nur aus 7 Personen besteht, so ist dieses zwar formell richtig, aber seit vielen Jahren durch die organisatorische Praxis längst überholt worden. Seit mindestens einem Jahrzehnt hat nicht der engere Vorstand, sondern der erweiterte Vorstand die entscheidenden Beschlüsse gefaßt; seit vielen Jahren nimmt der Obmann der Revisoren an den engeren Sitzungen teil, besteht also der Vorstand aus acht Personen. Statutenmäßig wären also die Beschlüsse des engeren Vorstandes alle ungültig, da Genossen dabei mitgewirkt haben, die nach dem Statut nicht zum Vorstand gehören.

Wie schon oben erwähnt, war dieser statutenmäßige Zustand durch die durch Generalversammlungsbeschlüsse gebilligte Praxis längst überholt. Es bleibt also dabei, daß alle bedeutsamen Entschlüsse nur durch die erweiterte Vorstandssitzung beschlossen werden konnten. Schalte die nun der engere Vorstand die Mitglieder des erweiterten Vorstandes bis auf einen aus, so war das eine Handlungsweise, die der bisher geübten organisatorischen Praxis widersprach und den Vorstand zu einem Rumpfvorstand machte.

Dieser unvollständige Vorstand war daher auch nicht berechtigt, nach dem 8. Juni alle die weitgehenden Maßnahmen zu treffen, die schließlich die Zerspaltung der Partei im Kreise zur Folge hatten. Parteizerspaltung sind infolgedessen nicht wir, die sich innerhalb der organisatorischen Praxis gehalten haben, sondern jener Teilvorstand um Hurtow, Groger, Bogels, die das bestehende jahrelang geübte Recht schändlich durchbrochen haben.

Daran werden auch alle Deutungsversuche des Genossen Groger nichts ändern.

Paul Heller, Hermann Radke, Carl Kehr,
Alfred Scholz, Fritz Zubeil.

Ein Vorschlag zur Beilegung des Konflikts.

Vom Genossen Paul Hirsch wird uns geschrieben: Die Differenzen unter den organisierten Parteigenossen des größten Wahlkreises des Reichs haben sich allmählich so zugepunktet, daß wenn sie nicht noch im letzten Augenblick beigelegt werden, die größte Gefahr nicht nur für die Organisation dieses einen Kreises, sondern darüber hinaus für alle Groß-Berliner Kreise, ja möglicherweise für ganz Deutschland entsteht. Mittel und Wege zur Abhilfe zu suchen ist deshalb Pflicht eines jeden Genossen, dem es ernst ist mit der Einheit der Arbeiterbewegung. Wenn ich mir erlaube, einen Vorschlag zur Beilegung des Konflikts zu machen, so darf ich die Legitimation dazu vor allem wohl daraus herleiten, daß ich mit zu den Gründern des Zentralwahlvereins Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg gehöre, länger als ein Jahrzehnt an der Spitze dieser Organisation gestanden habe und aus eigener Kenntnis weiß, welche ungeheuren Mühen von Arbeit und weichen gewaltigen Opfer eines jeden einzelnen Genossen es bedurft hat, um den Zentralwahlverein von seinen unbedeutenden Anfängen auf eine achtunggebietende Höhe zu bringen, die allein es ermöglicht hat, den Wahlkreis allen gemessenen Anstrengungen zum Trost zum festen Bestium der Sozialdemokratie auszugestalten. Gibt es irgendeinen Genossen, der es ruhig mit ansehen kann, wie das in jahrelanger Arbeit zusammengeführte Gebäude mit einem Schläge wieder zertrümmert wird?

Die Schuldfrage will ich abschließend an dieser Stelle ununtersucht lassen, um keine unnötigen und fruchtlosen Debatten heraufzubeschwören. Ich begnüge mich mit der Feststellung der Tatsache, daß wir statt einer Wahlkreisorganisation, wie sie das Organisationsstatut der Partei kennt, deren zwei haben, von denen nach Ansicht des Parteivorstandes die eine, nach Ansicht des Bezirksvorstandes Groß-Berlin die andere zu Recht besteht, zwei Organisationen, die anstatt ihre Kräfte im gemeinsamen Kampfe im Interesse der Arbeiterklasse zusammenzufassen, sich gegenseitig befehden, und von denen die eine der anderen fortgesetzt den Vorwurf der Organisationszerspaltung macht. Welche von beiden Organisationen dem Statut der Partei entspricht, darüber wird letzten Endes der Parteitag zu entscheiden haben. Aber traurig wäre es, wenn es so weit käme, daß jede von ihnen Delegierte zum nächsten Parteitag wählen würde, von denen die Hälfte wieder nach Hause geschickt würde. Die Folge davon wäre eine Verschärfung der Gegensätze und bei einem Teil der Genossen eine zunehmende Verbittertheit. Welches liegt nicht im Interesse der Partei.

Nur einen Ausweg aus diesem Dilemma kenne ich. Die Leitungen beider Organisationen sollten sich dahin verständigen, daß sie die Untersuchung der Angelegenheit einem Schiedsgericht übertragen, nicht einem Schiedsgericht, wie es § 27 des Organisationsstatuts vorsieht, sondern einem auf freier Vereinbarung beruhenden, in das jede Organisation die gleiche Anzahl von Personen einstellt, die unter sich einen Unparteiischen hinzuwählen. Seinen Zweck würde ein solches Schiedsgericht allerdings nur unter zwei Voraussetzungen erfüllen: einmal dürften die Schiedsrichter nicht aus den Reihen der Groß-Berliner Parteigenossen entnommen werden, die ganz naturgemäß alle mehr oder minder Partei in der Sache sind, sondern aus den Reihen erfahrener Genossen außerhalb Groß-Berlins, und zweitens müßten die Leitungen beider Organisationen sich im voraus verpflichten, die etwaigen Vorschläge des Schiedsgerichts ihren sofort einzuberufenden Generalversammlungen zur Annahme zu empfehlen.

Könnten sich die Zentralvorstände entschließen, diesen Weg zu beschreiten, dann bestände die Möglichkeit, noch in letzter Stunde die Gefahr abzuwenden, dann könnten in der vereinigten Organisation die sachlichen Gegensätze in ruhiger und dem Parteinteresse Rechnung tragender Weise erörtert und gemeinsam für die Sache der Arbeiterklasse gearbeitet werden.

Mögen die leitenden Genossen sich diesen Vorschlag überlegen, mögen sie bedenken, daß höher als die Person die Sache steht, und daß diejenigen, die die ihnen dargebotene Hand zum Frieden ausschlagen, damit eine schwere Verantwortung auf sich laden.

Erklärung.

Der Vorstand des Prieger Wahlvereins bittet uns gegenüber der Vertretung der drei Prieger Gemeindevorordneten Sitzung, Oberhard und Gutschmidt um Aufnahme nachstehender Erklärung:

Eine Kandidatur Sitzung kann, nachdem dieser endgültig verzichtet hatte, überhaupt nicht mehr in Frage kommen.

Die Auffstellung Schröders war in der Fraktionsitzung, die in Prieg seit mehreren Jahren aus dem engeren Vorstand und dem Gemeindevorordneten besteht, beschlossen, vorausgesetzt, daß ihm sein Arbeitgeber die benötigte Zeit zur Verfügung stellt.

Gutschmidt hatte es abgelehnt, da im Fall seiner Wahl zum Schöffen es schwer halten würde, einen geeigneten Hausbesitzer als Gemeindevorordneten zu finden, da bei der nächsten Wahl schon zwei Hausbesitzer als Kandidaten gebraucht würden.

Von einer Fraktionsitzung, in welcher Schröder nicht erschien, und Gutschmidt nominiert wurde, ist uns nichts bekannt. Vielmehr hat die Fraktionsitzung, welche stattfand, nachdem der Vorstand von dem Treiben Gutschmidts und Genossen erfahren hatte, beschlossen, an der Kandidatur Schröders festzuhalten und der Fraktion aufzugeben, für dessen Wahl einzutreten.

Nachdem weiter noch beschlossen wurde, die Angelegenheit der Generalversammlung zur Beschlusfassung zu unterbreiten, erklärte Sitzung: „Sie werden sich auch deren Beschlüssen nicht fügen.“

Zur Generalversammlung wurden alle drei Genossen brieflich eingeladen, sind dort aber nicht erschienen. Gutschmidt hat schriftlich erklärt, daß die Versammlung für ihn nicht zuständig ist. Sitzung haben sie erklärt, sich den Beschlüssen der Parteimitglieder

am Orte nicht zu fügen und haben sich auch der Verantwortung vor den Mitgliedern entzogen.

Zum besseren Verständnis aller dieser Dinge bemerken wir noch, daß Gutschmidt und Genossen in einer Versammlung von 17 Personen, zu welcher nur ihre engeren Bestimmungsgenossen schriftlich geladen waren, einen neuen Wahlverein gegründet haben, deren Vorsitzender Gutschmidt ist.

Wir erklären ausdrücklich, daß Schröder nach der ganzen Vorgeschichte der Schöffenwahl berechtigt war, den bürgerlichen Gemeindevorreitern von dem Wechsel der Kandidatur Mitteilung zu machen.

Im Anschluß hieran bittet uns Genosse Schröder um Aufnahme folgender Verzichtserklärung:

„Ich gehöre keinem Spartakusbund oder -organisation an, kenne eine solche überhaupt nicht. Ich bekenne mich, wie es auch dem Genossen Gutschmidt bekannt ist, zu den Gründern der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Von einer Fraktionsitzung, zu der ich eingeladen war, aber nicht erschienen bin, ist mir nichts bekannt. Eine Aufforderung zu einer kurzen Besprechung, auf welcher weder Tagesordnung noch sonst dergleichen vermerkt war, habe ich erhalten, konnte dieser jedoch nicht Folge leisten, da ich zur gleichen Zeit an einer Vorstandssitzung teilzunehmen mußte. Bindende Beschlüsse konnte diese Zusammenkunft nicht fassen, wie aus dem oben vom Vorstande Besagten hervorgeht. Alfred Schröder.“

Die Generalversammlung des Schöneberger Wahlvereins nahm am 15. August nach zweimaliger Vertagung die Neuwahl des Vorstandes vor. In der ersten Versammlung vom 25. Juli erstatte der Vorsitzende den Geschäftsbericht, wobei er auch die Differenzen im Kreis und Ort berührte. Genosse Gollmid bemängelte, daß der Vorstand im Gegensatz zu dem Mitgliederbeschlusse vom 20. Juni weiter mit dem alten Kreisvorstand arbeite, sowie jede Delegation zu den Kreisgeneralversammlungen am 9. und 23. Juli bereite, so daß die früheren Delegierten gemangelt waren, sich in der Kreisgeneralversammlung betätigen zu lassen. Redner gab sodann kurz den Bericht über die stattgefundenen Kreisgeneralversammlungen vom 9. und 23. Juli und brachte eine Resolution ein, die sich mit dem Verhalten der Schöneberger Delegierten einverstanden erklärte und den Schöneberger Vorstand verpflichtete, nur mit dem neugewählten Kreisvorstand die Geschäfte der Partei zu erledigen. Eine Gegenresolution Frisch, Küter und Lager bekannte sich zum alten Kreisvorstand.

Wegen vorgerückter Zeit mußte die Versammlung auf den 1. August vertagt werden. In dieser Versammlung wurde nach ausgiebiger Diskussion die Resolution Frisch und Genossen abgelehnt und die Resolution Gollmid angenommen. Als auf Grund dieser Abstimmung die Genossen Frisch und Küter erkennen mußten, daß sie nicht die Mehrheit auf ihrer Seite hatten, suchten sie die Versammlung zu verlassen, und als auch das noch nicht zum Ziele führte, schloß der Vorsitzende Frisch mitten in der Wahl des ersten Vorsitzenden die Versammlung.

Nach dieser Versammlung kamen die Genossen Frisch und Küter in einer Vorstandssitzung, zu welcher nur „Huberreihe“ Genossen geladen waren, zusammen und ernannten die Delegierten zu der Veranstaltung am 6. August.

In der Versammlung am 15. August stellte sich nun, trotz Verzicht in der vorigen Versammlung, der Genosse Frisch als Vorsitzender wieder zur Wahl. In der darauf einsetzenden Diskussion wurde das Gebahren der Frisch, Küter und Genossen scharf beurteilt, weil sie durch den Versuch der Sonderveranstaltung am 6. August den Anschein zu erwecken suchten, als hätten sie den Schöneberger Wahlverein vertreten. Bis auf einen sprachen sich alle Diskussionsredner gegen das Verhalten des Vorstandes aus. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde gegen Schluß der Versammlung einstimmig angenommen.

Nur vor der Wahl verließ noch ein Anhänger der Frisch und Küter eine Erklärung, die sich mit der Fraktionsmehrheit und dem alten Kreisvorstand einverstanden erklärte und die Aufforderung zum sofortigen Verlassen des Saales enthielt. Als sich aber von sieben Unterzeichnern nur zwei erhoben, setzten sich, zur großen Heiterkeit der Versammlung, auch diese wieder.

Die Wahl des 1. Vorsitzenden brachte für die Mehrheitsanhänger eine große Enttäuschung. Mit 118 Stimmen wurde der Genosse Schlater gewählt; auf den früheren Vorsitzenden Frisch entfielen 77 Stimmen. Als Genosse Frisch nun den neugewählten Vorsitzenden aufgefordert hatte, die Leitung der Versammlung zu übernehmen, verließ der alte Vorstand mit seinen Anhängern unter Mitnahme sämtlichen Materials ohne jede Erklärung die Versammlung. Nur der zweite Vorsitzende, Genosse Gustav Hoffmann, schloß sich den Parteizersplitterern nicht an, wie er auch vorher sich nicht an deren parteischädigendem Treiben beteiligte. Unter Leitung des neugewählten Vorsitzenden erledigte die Versammlung noch die übrigen Wahlen. Zum 2. Vorsitzenden wurde der bisherige 2. Vorsitzende Gustav Hoffmann einstimmig wiedergewählt. Ebenso einstimmig erfolgte die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder. Gewählt wurden als 1. Kassierer Genosse Köhler, 2. Kassierer Genossin Böhm, 1. Schriftführer Genosse Goldbach, 2. Schriftführer Genosse Glöbig, für die Frauen wie bisher Genossin Vöticher.

Zum Schluß der Versammlung wurde noch eine Sympathieerklärung für den Genossen Liebnecht einstimmig angenommen.

Steglich. Der Steglicher Wahlverein hielt am Donnerstag eine außerordentliche, gut besuchte Mitgliederversammlung ab, welche sich mit den Differenzen im Kreise Teltow-Beeskow und den örtlichen Spaltungsbemühungen, hervorgerufen durch die vom Mehrheitsanhänger, Gemeindevorleiter Leimbach, in der letzten Funktionärsitzung angeknüpften Gründung eines neuen Wahlvereins, beschäftigte. Genosse Leimbach hatte es trotz Aufforderung vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben. In einem Schreiben erklärte er, daß er aus dem Verein ausgeschieden sei, die Versammlungen nicht mehr besuche und Resignation über seine Tätigkeit ablegen werde, wenn es angebracht sei. Das Forum der jetzigen Versammlung sei ihm hierzu zu klein (!) Nach gebührender Kenntnisnahme des Schreibens sprach der stellvertretende Kreisvorsitzende, Genosse Krause, über die Differenzen im Kreise, über die bemerkliche Handlungsweise des ehemaligen Kreisvorstandes, sowie über das höchst merkwürdige Zustandekommen der Kreisgeneralversammlung vom 6. August.

Sämtliche Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten und erklärten, daß mit den Leimbach'schen Mitläufern gründlich aufgeräumt werden müßte. Mit 62 gegen 2 Stimmen wurde beschlossen:

1. Genosse Leimbach ist auf Grund seiner in der letzten Funktionärsitzung abgegebenen Erklärung und seines in der heutigen Versammlung verlesenen Briefes aus der Mitgliederliste zu streichen.

2. Der Vorstand wird ermächtigt, jeden Genossen, von welchem feststeht, daß er dem neugegründeten oder zu gründenden Wahlverein in Steglich beigetreten, aus der Mitgliederliste zu streichen. Die Streichungen sind unter Angabe des Namens und Grundes in der nächsten Mitgliederversammlung bekanntzugeben.

Folgende Entschlieung wurde mit 64 Stimmen (das waren sämtliche Anwesende) angenommen:

Die am 17. August togende außerordentliche Mitgliederversammlung erklärt ausdrücklich, daß für den Steglicher Wahlverein die vom abgesetzten Kreisvorstand zum 6. August einberufene Generalversammlung nicht in Betracht kam, daß keine Delegierten zu derselben gewählt und demzufolge auch keine entsandt waren. Steglich war also offiziell in der von Bestimmungsfreunden des erledigten Kreisvorstandes gewaltsam und statutenwidrig zusammengesetzten, unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundenen sogenannten Kreisgeneralversammlung nicht vertreten. Der Steglicher Wahlverein hält nach wie vor ganz entschieden an den Beschlüssen der ordnungsmäßigen Kreisversammlung vom 23. Juli, wie an dem in derselben gewählten Vorstand fest und verurteilt

HERMANN

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Glas - Porzellan - Steingut

Tassen bunt 18 Pf.
Milchkannen 15 Pf.
Wassergläser 9, 11 Pf.

Tassen mit Goldrand 25 Pf.
Weinrömer farblos überfangen 2⁹⁰
Weißbiergläser 28, 48 Pf.

Tafelserie Feston Goldrand

Speiseteller 35 Pf.
Abendbrotteller 25 Pf.
Kompotteller 20 Pf.
Terrinen 4²⁵
Kartoffelschüsseln 2⁹⁵
Tunkenschüsseln 1¹⁵
Kompottschüsseln 45 Pf. bis 1⁶⁰
Bratenplatten 58 Pf. bis 2²⁵

Einfach-Apparat „Hertie“ unsere Spezial-Marke

für alle Gläser passend

Mark 12⁰⁰



Einmachehafen
16, 22, 25 Pf. bis 2⁵⁰

Geleegläser
12, 14, 16, 18 Pf.

Kaffeegeschirr Konisch Gold

Kaffeekannen 40 Pf. bis 2⁵⁰
Milchtöpfe 18 Pf. bis 1¹⁰
Zuckerboxen 60 bis 75 Pf.

Kaffeesevice

moderne Dekore
5 teilig 2 Personen 1²⁵
9 teilig 6 Personen 2⁵⁰ 3⁷⁵
16 teilig 12 Personen 7⁵⁰ 11⁷⁵

Pressglasgarnitur

„Arthur“

Kompotteller 12 Pf.
Kompottschalen rd. 15, 22 bis 90 Pf.
Kompottschalen oval 35, 45, 60 Pf.
Kuchenteller 50 Pf.
Butterglöckchen 70 Pf.
Käseglocken 1¹⁰
Zuckerschalen 22, 30 Pf.

Tafelserie Glockenblume

Speiseteller 42 Pf.
Abendbrotteller 30 Pf.
Kompotteller 22 Pf.
Terrinen 4²⁵
Kartoffelschüsseln 2⁷⁵
Tunkenschüsseln 1⁵⁰
Kompottschüsseln 1¹⁵ bis 1⁵⁰
Bratenplatten oval 1²⁵ bis 3⁷⁵

Weinglasgarnitur

„Sapho“

Rotweingläser 70 Pf.
Reinweingläser 70 Pf.
Likörgläser 50 Pf.
Bowlingläser 75 Pf.
Seckschalen 80 Pf.
Bierbecher 65 Pf.
Speiseteller Steingut 7 Pf.
Tonbutterkühler 1⁹⁵

Eine Anzahl buntes und weisses Porzellan,

darunter: Teller, Terrinen, Kartoffelschüsseln, Bratenplatten, Salatieren, Kaffeekannen, Milchtöpfe, Zuckerboxen zu enorm billigen Preisen!

Haushaltungs-Artikel

Wirtschafts-Artikel

Gaskocher 1³⁵ 9⁷⁵ 14⁷⁵
Wandkaffeemühlen 3⁵⁰ 4⁵⁰
Haushaltswagen 6⁷⁵ 8⁵⁰
Spiritusplatten 5⁰⁰ 5⁵⁰ 7⁵⁰
Gasplatten 2 Platten mit Zylinder Garnitur 6⁵⁰
Mörser 2 Stk. 90 Pf., 1¹⁵ 1³⁵
Marktnege 38, 45, 75 Pf.
Vorratskasten für Reis, Getreide u. s. w. 85 Pf.
Eierverpackungskartons für 15, 30, 60 Eier 45, 70 Pf. 1¹⁵

Kochkisten 10⁰⁰ 11⁰⁰
Kochkisten doppelt 18⁵⁰ 22⁵⁰

Heißluftpfannen 1⁴⁵
Brate in der Eüte 6 Eüten, 1 Kochbuch 75 Pf.
Zinkwaschwannen m. Holzbohlen 7⁵⁰ 9⁵⁰ 12⁵⁰
Zinkzuber mit Holzbohlen 9²⁵ 12⁰⁰ 15⁵⁰
Wäschetrockner mit 10 Eüten 1¹⁰
Wäscheclammern 2 Stk. 18, 22 Pf.

Bratenroste ansehbar 45 Pf.
Grill-Apparate 21⁰⁰ 25⁵⁰
Waschtöpfe mit Einloch und Deckel, vergl. 4²⁵ 5⁰⁰ 6⁰⁰
Waschtöpfe mit Ring 6⁰⁰ 7⁰⁰ 8⁰⁰
Eimer vergl. 1⁸⁵ 2⁰⁰ 2²⁵
Wäscheleinen 40 mtr 5⁰⁰ 6⁵⁰ 8⁰⁰

Emalle

Schmortöpfe 75, 85 Pf. 1¹⁰
Gaskochtöpfe 1²⁵ 1⁴⁰ 1⁷⁵
Kafferoellen ohne Ring .. 65, 75, 85 Pf.
Kafferoellen mit Ring .. 85 Pf. 1¹⁰ 1²⁵
Wasserkessel 1⁵⁵ 1⁷⁵ 2¹⁰
Kuchentöpfe 55, 75, 95 Pf.
Schüsseln hoch 28, 32, 35 Pf.
Schüsseln tief 40, 65, 70 Pf.
Mülleimer mit Korbdeckel 3⁷⁵
Ascheimer 1⁹⁵

Ein Post. Schmortöpfe 1⁴⁵
neublau, innen weiß Stahl

Für die Einkochzeit

Obst-, Gemüseböden 1⁴⁵
Saftfilter mit Schüssel 2⁰⁰
Obstborden zum Abereinreiben 1⁸⁵ 2⁴⁵
Obstborden 13⁵⁰ 17⁵⁰ 22⁵⁰
Obstborden verschließbar 22⁵⁰ 26⁰⁰ 30⁰⁰
Einkochgläser 45, 55, 70, 85 Pf.
Einkochbüchsen Glas 45, 70, 85 Pf.
Einmachekessel Emalle 5⁰⁰ 7⁷⁵ 8⁷⁵
Konservenbüchsen-Deffner 18 Pf.
Handfruchtpressen 1²⁵ 1⁴⁵

Reise-Artikel und Stahlwaren

Isolierflaschen 1⁷⁵ 2¹⁰ 2²⁵
Wandervogel-Kocher 2²⁵ 2⁵⁰
Kaffeelöffel Mundst. Stahl 18 Pf.
Eßlöffel u. Gabel Mundst. Stahl 30 Pf.
Eßmesser Mundst. Stahl 45 Pf.
Eßbestecke mit versch. Griffen Paar 45 Pf.

Beleuchtungs-Gegenstände

Für Gas mit edl. Grünbrenner Für elektrisch mit Doram-Lampen
vollständig mit Montierung
13⁵⁰ 16⁵⁰ Schlafzimmer-Ampel mit Glasbehang 9⁰⁰ 11⁰⁰
20⁰⁰ 26⁵⁰ 3 Glühlampe mit Perlfranze 19⁵⁰ 22⁵⁰
45⁰⁰ 55⁰⁰ Herrenzimmer-Krone 42⁰⁰ 35⁰⁰
75⁰⁰ Speisezimmer-Krone mit Schirm 62⁵⁰ 80⁰⁰
Schreibtischlampe 6⁵⁰
Nachtisch-Ripp Lampe 5⁷⁵
Glühlämpfe 28 Pf. 32 Pf.
Herdzündler mit 3 Zündkerzen .. 60 Pf.

Bürstenwaren

Rohhaarbesen 2¹⁵ 2⁶⁵ 3²⁵
Rohhaarhandfeger 1¹⁰ 1³⁵ 1⁸⁵
Vorstenbesen 1¹⁰ 1⁶⁵ 2⁰⁰
Vorstenhandfeger .. 1⁰⁰ 1³⁵ 1⁸⁰
Stahlspäne Stahl 18 Pf.
Bohnerwachs ca. 1/2 Kilo 1⁴⁰



Wer seinen Winterbedarf in Schuhfett
jetzt
beschafft, kauft billiger als während der Saison.
Tran muß das Schuhfett enthalten, wenn es wasserdicht machen soll.
Dr. Guntner's
Schuhfett Tranolin und Universal-Tran-Vederfett
sind erfrischende Schuhfette und können prompt geliefert werden. Ebenso der beliebte nichtabfärbende Del-Wachs-Vederpuy Nigrin.
Geerführerplattate.
Fabrikant: Carl Guntner, Chem. Fabrik, Göppingen (Würtbg.).

MÖBEL
liefert
gegen bar und auf Kredit
unter günstigsten Zahlungsbedingungen
B. FEDER
Vollständige Wohnungs-Einrichtungen
in jeder gewünschten Preislage
Herren-, Speise-, Wohn- u. Schlaf-Zimmer, Salons, farb. Küchen
Grosse Auswahl
Insertat in Thüringen
5 Mark Wert

Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbuser Damm 103
Westen: Charlottenburg,
Scharrenstr. 5, Ecke Wilmersdorfer Str.

Ziehung 5. September
Tilsiter Lotterie
1720 Gewinne i. Gesamtwerte von
11 Lose für 10 Mk. **41800** Mk. 1 Mk.
Tilsiter Lose zu 1 Mk. (Porto u. Liste 30 Pf. extra).
Lud. Müller & Co. Berlin W. 56
Werderscher Markt 10.
Sie sparen Geld!
laufen aber geschwind und kaufen „Herkules“-Sohlen für Mann, Frau und Kind.
„Herkules“ impr. Leder- u. Gummi-Sohlen gelangen heute zu nachstehenden Preisen zum Verkauf:
Herrensohlen von M. 2,00 an
Damensohlen von M. 1,50 an
Kindersohlen von M. 1,00 an
Nach auswärts Portozuschlag. — Schuhreparaturen billigst.
Dauersohlen-Fabrik „Herkules“, Berlin, Lothringer Str. 22.

Aus Groß-Berlin.

Radsahrverbot und Herrschaftswagen.

Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht folgende Zuschrift:
„Das Radsahrverbot und die Beschlagnahme der Gummibereifungen der Fahrräder war eine in die Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten vieler Menschen tief eingreifende Maßregel. Doch wenn das Vaterland es fordert, ist kein Opfer zu groß, darum werden die vielen Betroffenen auch dieses Opfer gern bringen. Um so erstaunter aber war ich, als ich während einer Reise, die mich in mehrere Großstädte führte, zahllose Herrschaftswagen auf Gummirädern sah. Ist es da nicht natürlich, daß man sich fragt, warum dürfen denn die vornehmen Herrschaften auf vier radbelegten Gummirädern durch Parks und Straßen fahren, während man selber seine zwei Gummireifen nicht benutzen darf, sondern abliefern muß? Wieviel Fahrradbereifungen müssen schon beschlagnahmt werden, wieviel Menschen ihre beiseitens Freude opfern, um so viel Gummi von den dünnen Belägen der Reifen zusammenzubringen, wie ein einziger Herrschaftswagen, der einem einzelnen zum Vergnügen dient, bringen würde! Zudem würde ein solcher Wagen sicherlich mit einem Metallreifen versehen und weiterhin gebraucht werden können, so daß für die Betroffenen keine Einbuße, sondern nur eine, sagen wir, Qualitätsänderung des Vergnügens eintreten würde, während das seiner Gummireifen beraubte Fahrrad völlig unbrauchbar ist. Die Gerechtigkeit und das Interesse der Allgemeinheit fordern daher, daß auch die Gummibereifungen der Wagen, die doch viel ausschließlicher dem Vergnügen des Besitzers dienen als die Fahrräder, beschlagnahmt und Herrschaftszwecken dienstbar gemacht werden.“

Was der Eisenbesitzer verlangt, nämlich die Beschlagnahme der Gummiräder der dem Vergnügen dienenden Autos, besteht bereits. Zu prüfen wäre im Einzelfalle, aus welchem Grunde von der Beschlagnahme Abstand genommen worden ist und wer die Verantwortung dafür trägt.

Eine neue Zuckerverordnung für Berlin.

Der Magistrat gibt heute eine neue Verordnung über die Abgabe und Entnahme von Zucker bekannt, die den § 2 der Verordnung vom 28. April dahin ändert, daß auf jeden Zuckerkartenschnitt, der jetzt für 14 Tage gilt, 375 Gramm Zucker, also 1/4 Pfund, abgegeben und entnommen werden dürfen, so daß auf den Kopf der Bevölkerung monatlich etwa 890 Gramm Zucker entfallen. Berlin kann also zugunsten seiner Bevölkerung eine höhere Verteilungsmenge Zucker festsetzen, als z. B. Danzig, Posen, Potsdam, Altona, Lübeck, Rostock, Köln, Elberfeld, Magdeburg, Aachen, Kassel, Königsberg, Wiesbaden, Hamburg, Weß und Weuthen. In Hamburg entfallen nur 664 Gramm monatlich, in Weß nur 543 Gramm und in Weuthen sogar nur 434 Gramm auf den Kopf.

Dem Mangel an Zucker kann leicht durch Benutzung von Süßholzwurzel abgeholfen werden, der auf Bezugskarten, die auf schriftlichen Antrag von der Zuckerbezugsstelle Berlin, Rathaus, Zimmer 99, ausgestellt werden, von den Droghandlungen bezogen werden kann.

Zugleich mit dieser Abänderungsverordnung veröffentlicht der Magistrat eine Verordnung, die die Berechnung des Kleinhandelshöchstpreises für die Zuckermengen der einzelnen (neuen) Abschnitte enthält. Die alten Höchstpreise bleiben an sich bestehen. Es kosten danach bei einem Pfundpreis von:

Table with 4 columns: Weight (Gramm), Price 1 (Pf.), Price 2 (Pf.), Price 3 (Pf.). Rows: 375, 750, 1125, 1500.

Gaferloden für Kinder.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat zur Sicherstellung der Ernährung der Kinder im ersten und zweiten Lebensjahrs, falls Gaferloden im freien Handel nicht erhältlich sein sollten, mit dem Berliner Apothekerverein vereinbart, daß in den Apotheken Gaferloden zur Abgabe für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahrs vorrätig gehalten werden. Der Verkauf erfolgt in Mengen von 500 Gramm für je einen Monat gegen Vorweisung einer Karte, die die Brotkommissionen ausstellen nach Einsicht der Geburtsurkunde des Kindes, für das die Gaferloden bestimmt sind.

Außerdem können auch für Kranke in Notfällen Gaferloden in den Apotheken auf ärztliche Anordnung ohne Karten in Mengen bis zu 250 Gramm verabfolgt werden.

Zur Kartoffelsalamität

wird aus dem Rathaus folgende Nachricht verbreitet:

In den letzten Tagen hat die Zufuhr von Kartoffeln nach Berlin leider nachgelassen. Ein Grund zur Beunruhigung liegt jedoch keineswegs vor. Die Kartoffeln sind vorhanden und der Grund für die zurzeit nicht ausreichende Anfuhr liegt vor allem darin, daß die Landwirte mit wichtigen Erntearbeiten beschäftigt waren. Dazu kommt, daß in den letzten Tagen gerade in den östlichen Provinzen, von denen Berlin auch Kartoffeln geliefert erhalten sollte, zum Teil sehr schlechtes Wetter war, so daß das Verladen von Kartoffeln sich verzögerte. Es ist alles gesehen, um die Anlieferungen zu verstärken und zu beschleunigen, so daß bestimmt zu erhoffen ist, daß die vorübergehende Knappheit bereits in den nächsten Tagen durch reichlichere Zufuhren behoben werden wird.“

7 Pfennige für das Pfund Kartoffeln.

Der Magistrat hat heute eine Verordnung erlassen, nach der der Preis für Speisekartoffeln im Kleinhandel von Montag, den 21. August ab bis auf weiteres auf 7 Pf. für ein Pfund herabgesetzt wird. Voraussetzungsweise wird dieser Preis für längere Zeit bestehen bleiben.

Es war höchste Zeit, den Preis für Kartoffeln endlich herabzusetzen. Doch genug ist er immer noch. Noch wichtiger ist, daß Kartoffeln zu haben sind.

In Übereinstimmung mit den Nachbargemeinden hat der Magistrat auch für die folgende Woche bestimmt, daß auf jeden der drei Abschnitte 17 der Kartoffelkarte je 3 Pfund, zusammen also höchstens 9 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden dürfen.

250 Gramm Fleisch.

Die auf den Kopf der Berliner Bevölkerung entfallende Menge an frischem Fleisch oder frischem Fett beträgt für die Zeit vom

21. bis 27. August 250 Gramm. Es entfallen somit auf einen Vollabschnitt der Fleischkarte 50 Gramm und auf einen Teilabschnitt 25 Gramm.

Verteuertes Eier.

Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Preise für die von der J.-G.-G. gelieferten Eier durch diese um 2 Pf. für das Stück ist eine Erhöhung des Preises für Eier von 24 Pf. auf 26 Pf. notwendig geworden.

Paketbeförderung nach Belgien.

Vom 21. August ab sind im Verkehr zwischen Deutschland und dem Gebiet des Generalgouvernements Belgien gewöhnliche Pakete bis 5 Kilogramm zugelassen. Die Gebühr beträgt 1 M. 20 Pf.; für sperrige Sendungen 50 k. h. Zuschlag. Die Pakete müssen vom Absender freigegeben werden; sie sind mit den gewöhnlichen blaugrauen Paketarten für den Auslandsverkehr aufzuliefern. Zu einer Paketkarte darf nur ein Paket gehören; Mitteilungen auf dem Abschnitt der Paketkarte sind verboten; in den Paketen dürfen keine Briefe oder Mitteilungen irgendwelcher Art enthalten sein. Jedem Paket sind 3 Polsterunterlagen (eine weiße und zwei grüne) in deutscher Sprache beizufügen. Wie bei sonstigen Paketen des Auslandsverkehrs haben die Absender in Deutschland sich selbst über die bestehenden Ausfuhr- und Einfuhrverbote zu unterrichten und sind für die Folgen der Nichtbeachtung dieser Verbote allein verantwortlich. Pakete, die verbotene Gegenstände enthalten und von keiner Aus- und Einfuhrbewilligung begleitet sind, werden ohne Unterstellbarkeitsmeldung portopflichtig von der deutsch-belgischen Grenze an den Absender zurückgeschickt.

Für Verluste von Paketen auf belgischem Gebiet wird nicht haftet.

Die übrigen Versendungsbedingungen für den neuen Paketdienst, insbesondere auch die Einfuhrbeschränkungen usw., lehnen sich im allgemeinen an die vor dem Kriege bestehenden Vorschriften für den Paketverkehr mit Belgien an. Genaue Auskunft, insbesondere auch darüber, nach welchen Orten Belgiens Postpakete zugelassen sind, erteilen die Postanstalten.

Zum Wehrenlesen.

„Wehrenlesen ist patriotisch“, las eine Frau ihrer Auwärterin, einer Kriegerfrau, vor und meinte, diese sollte durch ihre Kinder von zehn und neun Jahren Wehren lesen lassen. Dadurch könne sie Futter für ihre Hühner erhalten. Die Kriegerfrau schickte darauf ihre Kinder mit einer Marktasche zum Wehrenlesen. Kaum hatten die Kinder damit begonnen, kam die Wehlerin, eine Frau Mai, in Säbende, Stephanstr. 7 wohnhaft, schlug die Kinder ins Gesicht und entriß ihnen die Marktasche. Die empörte Mutter suchte die Schlägerin auf und meinte, ihr dem Herrn Mai bekannter Bruder (der selbst Landwirt ist) würde sich wundern, daß den Kindern verwehrt wird, Wehren zu lesen. Sie hat dann um Rückgabe der Tasche. Als Antwort schlug Frau Mai die Kriegerfrau auf den Kopf und den Rücken, erklärte, sie halte ihre Kinder zum Diebstahl an und wies die Kriegerfrau aus dem Hause. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben. Wichtig ist, daß Wehrenlesen ohne Zustimmung des Besitzers nicht erlaubt ist. Aber es kann keine Rede davon sein, daß eine Frau, die glaubt, die Wehlerin werde mit dem Wehrenlesen einverstanden sein, ihre Kinder zum Diebstahl anhält, wenn sie diese zum Wehrenlesen ausschickt. Ist nicht viel eher die Fortnahme und Einbehaltung der Tasche als Diebstahl anzusehen? Und hat eine das Wehrenlesen vermeinernde Frau das Recht, eine Kriegerfrau und deren Kinder zu mißhandeln? Die Staatsanwaltschaft wird darüber zu befinden haben, ob es im öffentlichen Interesse liegt, strafrechtlich gegen die Frau Mai einzuschreiten, deren Verhalten sicherlich kein Uebermas von hilfsbereiter Menschlichkeit beweist.

Der Gaferloden. Vom 23. August d. J. an — also für den zum Verbrauch ab 1. September 1916 bestimmten Gaferl — hat der Magistrat den Kleinhandelshöchstpreis für Gaferl ermäßigt, und zwar auf 355 M. für die Tonne bei Lieferung des Gaferls ab Lager des Kleinhändlers und auf 364 M. bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers. Hierzu kann in jedem Fall eine Sachleistungsgebühr von einer Mark treten.

Wegen Unhertreibens in der Nähe des Truppenübungsplatzes Döberitz sind kürzlich wieder drei junge Mädchen aus Berlin zu empfindlichen Strafen verurteilt worden. Eine Berlinerin erhielt vier Monate Gefängnis, ein zweites Mädchen eine Haftstrafe von sechs Wochen und die gleiche Strafe ein drittes junges Mädchen, das außerdem zwangsweise einem Arbeitshaufe zugeführt werden wird.

Beim Schweinebstahl erschossen. In Lichterfelde ist gestern in den frühen Morgenstunden ein Mann erschossen worden, der auf einem Grundstück in der Bahnstraße ein Schwein stehlen wollte. Die in der Bahnstr. 48 in Lichterfelde wohnende Witwe Graefenberg hatte auf dem Hofe des Grundstückes einen Stall bauen lassen, in dem sie zwei Schweine hielt. Um vor Dieben sicher zu sein, hatte sie vom Stall eine Alarmvorrichtung nach der Wohnung legen lassen. Gestern morgen gegen 4 Uhr ertönte plötzlich die Glocke. Der 25jährige Sohn der Frau eilte nach dem Hofe, wo er zwei Männer sah, die gerade dabei waren, den Schweinestall aufzubrechen. Als er die Diebe anrief, schloßten sie nach der Straße und suchten nach dem Wohnhof zu entkommen. Auf der Verfolgung wandte sich der eine der Dieben um und warf sich dem jungen Graefenberg entgegen. Der Bedrohte machte darauf von einem Revolver, den er mitgenommen hatte, Gebrauch und schoß seinen Gegner nieder und tötete ihm durch einen Schuß in den Kopf. Der Gezielter wurde als der fünfzig Jahre alte Gärtnergehilfe Otto Schenk aus Eichen, der zuletzt in Wittenau gewohnt hatte, festgestellt.

Alte Nachrichten. Ein Mietschwinder treibt seit einigen Tagen wieder sein Unwesen. Ein junger Mann von etwa 20 Jahren erzählt Zimmervermietern, daß er auf dem östlichen Kriegsschauplatz einen Lejonetisch in den linken Arm schwer verpundet und jetzt nach der Wiederherstellung gezwungen sei, sich Beschäftigung zu suchen. Er mietet auch, benutzt aber die erste Gelegenheit, zu stehlen, was ihm in die Hände fällt, und verschwindet damit. Der Schwinder und Dieb ist mittelgroß und kräftig und hat ein gebräuntes Gesicht. — Ein Taschendieb wurde gestern auf dem Anhalter Bahnhof bei der „Arbeit“ ertappt und festgenommen. Ein Kriminalbeamter der Streifenmannschaft beobachtete einen jungen Mann, der sich in dem Gedränge vor der Gepäckaushabe auffallend zu schaffern machte. Er nahm ihn fest, als er einem Offiziersvertreter, der abreißen wollte, behutsam in die Rocktasche sah. — Das Opfer eines Straßenunfalles ist der 81 Jahre alte Hauswart August Möhring aus der Velle-Alliance-Straße 9/10 geworden. Der Greis wurde am Donnerstag, als er in der Nähe seiner Wohnung den Straßenrand überschreiten wollte, von einer Kraftfahrmaschine überfahren und starb gestern im Krankenhaus an einem Schädelbruch mit Gehirnblutung. — Auf dem Bod vom Tode überrascht wurde gestern der 77 Jahre alte Drochsenkutscher Karl Meyer aus der Friedrichsallee 99. Der greise Ausfuhrer brach wahrscheinlich vom Herzschlag gerührt, vor dem Hause Invalidenstr. 123 plötzlich zusammen und fiel tot vom Bod herab. Die Nebelpolizei lag die Leiche, nachdem ein Arzt auf der Rettungswache in der Eichenborfstraße den Tod festgestellt hatte, nach dem Schauhaufe bringen. — Ein Fuhrwerksbedienter erbeutete gestern morgen vor der Markthalle in der Lindenstraße einen Wägenwagen, der mit einer Fuchshute bespannt und mit leeren Obstkörben beladen war.

Während der Eigentümer in der Halle zu tun hatte, fuhr er unbedenkt mit dem Wägen davon. Der Wägen ist blaugelblich und hat Seitengitter. Die Fuchshute hat eine kurze Mähne. Ihr linkes Vorderbein ist etwas gekrümmt. — Ein Handwagenbedienter wurde gestern nachmittag in der Kurstraße verhaftet. Während ein Hausdiener einen Ballen Leder abtrug, stahl ihm ein unbekannter Dieb den Wägen, der noch einen zweiten Ballen, für 1800 M. Patronenloschenleder, geladen hatte. Der Ballen war in graue Leinwand eingewickelt.

Jugendweibe.

Anmeldungen zur Jugendweibe werden nur noch bis Ende August bei den bekannt gegebenen Stellen entgegengenommen. Später eingehende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Alle Arbeiteltern, die ihre Söhne und Töchter an der Jugendweibe noch teilnehmen lassen wollen, werden daher gebeten, die Anmeldung rechtzeitig zu bewirken.

Feuer in der Kaiser-Wilhelm-Akademie in der Invaliden- und Eichenborfstraße rief am Sonnabendvormittag um 9 Uhr die 4. Kompanie nach der Akademie. Es brannte dort Holz im Heizungssteiler unter großer Qualmentwicklung. Die Feuerwehr gelang es in kurzer Zeit, jede Gefahr für die Akademie zu beseitigen. — In der letzten Nacht stand am Planufer gegenüber der Admiralstraße und Brücke der Dachstuhl des Wohnhauses in großer Ausdehnung in Flammen. Die Wehr mußte kräftig löschen und mehrere Schlauchleitungen und Maschinenleitern benutzen, um des Brandes Herr zu werden. Die Bodenräume und -verschlüsse sind zum Teil ausgebrannt.

Noch immer nicht erkannt ist ein junges Mädchen, das vor ungefähr 14 Tagen an der Weidenbamer Brücke aus der Spree gelandet wurde. Es ist wahrscheinlich das Mädchen, das, wie damals mitgeteilt wurde, zwei Tage vorher von der Mondjouburde ins Wasser sprang und ertrank. Diese Unbekannte ließ am Ufer ihren Hut zurück und einen Zettel, auf dem stand: „Aleg, ich liebe Dich, deswegen gehe ich lieber in den Tod, da wir uns doch nicht hören können. Mariha!“ Die Entrenkte ist etwa 18—22 Jahre alt, klein und kräftig gebaut, hat dunkelblondes Haar, ein längliches, volles Gesicht, blaue Augen, eine dicke, breite Nase und aufgeworfene Lippen und trug eine weiße Bluse mit runden, weißen Knöpfen, einen schwarz-weiß karierten Rock mit aufgenähten Taschen, einen weißen Unterrock mit dem Zeichen M. F., schwarze Wollstrümpfe, ein weißes Hemd und schwarze Lackstiefel mit braunem Ledereinsatz.

Aus den Gemeinden.

Krieg und städtische Verwaltung.

Der Einfluß des Krieges macht sich in allen Zweigen der städtischen Verwaltung bemerkbar. Das erhebt deutlich aus dem Bericht über die Verwaltung der Stadtgemeinde Charlottenburg für das Jahr 1914. Von vornherein ist es einleuchtend, daß der Krieg die öffentliche Armenpflege beeinflussen mußte. Die mit Beginn der Mobilmachung einsetzende Arbeitslosigkeit, die Not, in die viele Zimmervermietern durch die Einberufung ihrer Mieter geraten waren, die schwierige Lage zahlreicher kleiner Gewerbetreibender und Geschäftleute zeitigte recht unangenehme Folgen. Wenn trotzdem in Charlottenburg das Etatsjahr 1914 eine Entlastung des Armenetats aufweist, obwohl die Ausgaben im Einzelfall gestiegen sind, so nur deshalb, weil die Kosten der Kriegsfürsorge besonders verrechnet werden und weil die gesamte Fürsorge für die durch den Krieg in Not geratenen den Kriegsunterstützungskommissionen übertragen ist. Die Armenverwaltung wurde ausgedehnt, ihr bezahlte in unermesslichem Umfang nur die Anlaufsfürsorge. Infolge dieser Maßnahmen waren die Gesamtausgaben der Armenverwaltung um 112 000 M. geringer als im Jahre vorher und auf den Kopf der Bevölkerung betrugen die Aufwendungen nur 7,90 M. gegen 8,04 M. Von dem Kinderbedarf entfällt ein Betrag von rund 28 000 M. allein auf die Vorunterstützungen; von den übrigen Ersparnissen entfallen etwa 24 000 M. auf die Ausgaben für Arzneien, Heilmittel, Milch usw. und zwar größtenteils infolge der Anordnung, daß Milch grundsätzlich nur noch als Heilmittel gewährt werden darf. Die den Kriegsunterstützungskommissionen übertragenen gesamte Fürsorge für die durch den Krieg in Not geratenen Personen hat dazu geführt, daß trotz der andauernden schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Zahl der Armenunterstützungsgesuche sowohl als auch der Prozenz der in irgendeiner Form der öffentlichen Armenpflege unterstützten Personen gesunken ist.

Wie wir dem Bericht weiter entnehmen, wurde die Tätigkeit des Wohnungsamtes auf dem Gebiete der Wohnungsaufsicht und Schlichtungsaufsicht mit Kriegsausbruch vollständig eingestellt, nur der Betrieb des Wohnungsnocheinweises wurde während der Kriegszeit aufrechterhalten. Die Inanspruchnahme des Raumweises ist zurückgegangen, eine Erleichterung, die zweifellos auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse zurückzuführen und daher als vorübergehend zu betrachten ist. Unbillige Bedenken erweckt dagegen wieder die recht bedeutende Spannung zwischen der Zahl der angemeldeten und gesuchten Wohnungen (1645 : 2300), die bei Angebot und Nachfrage der Einzimmerwohnungen (518 : 1277) sich noch schärfer ausprägt. In diesen Zahlen kommt deutlich das Vorhandensein einer Wohnungsnot zum Ausdruck, die aller Wahrscheinlichkeit bei Beendigung des Krieges noch schärfer in Erscheinung treten wird und die Behörden zu rechtzeitigem Einschreiten veranlassen muß. Wie in jedem Jahre so stellt auch diesmal der Magistrat wieder die Anwartschaft der polizeilich vorgeschriebenen An- und Abmeldungen der Wohnungen durch die Hauseigentümer fest.

Aus den Berichten der Stadärzte sind von besonderem Interesse die Auswertungen über den Zusammenhang zwischen Krieg und Gesundheit der den Stadärzten zur Behandlung überwiesenen Bevölkerungskreise. Die Mehrzahl der Kranke, darunter gerade diejenigen, die über längere Erkrankungen in dem gleichen Bezirke verfallen, haben ausdrücklich hervorgehoben, daß auch während des Krieges die hygienischen Lebensbedingungen und die gesundheitlichen Zustände durchaus günstig gewesen seien. Sie suchen den Grund in dem „an sich schon zu Beginn des Jahres vorhandenen guten Gesundheitszustande, in den günstigen Arbeitsverhältnissen, die auch körperlich schwächeren Personen Gelegenheit zum Arbeitsverdienst geben und in der ausreichenden Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer“. Hierzu ist zu bemerken, daß wenn auch körperlich schwächere Personen Arbeitsverdienst haben, sie aus der Behandlung der Stadärzte ausscheiden, da sie ja dann einer Krankenliste angehören müssen. Außerdem erscheint uns die Vertriebszeit zu kurz, um ein abschließendes Urteil zu fällen. Wenn der Stadarzt eines Bezirkes mit überwiegender Arbeiterbevölkerung seinen Bericht mit den Worten schließt: „Es kann somit wohl mit Recht gesagt werden, daß die Gesundheitsverhältnisse in dem verflochtenen Berichtsjahre trotz der gewaltigen Umwälzungen, die der Krieg in der Lebensweise des einzelnen wie der Gesamtbevölkerung mit sich gebracht hat, und trotz der Zunahme der Gesundheitslifer nicht ungünstig gewesen ist“, so darf man nicht vergessen, daß der Bericht nur die ersten Kriegsmomente umfaßt, wo von einer nennenswerten Teuerung noch nicht die Rede war. Immerhin geben die übereinstimmenden Beobachtungen der Stadärzte über die in den letzten Monaten des Berichtsjahrs bei Frauen von Kriegsteilnehmern auftretenden Zeichen von Nervosität, Unruhe und Schlaflosigkeit zu Bedenken Anlaß.

Abgabe von Teigwaren und Graupen in Charlottenburg.

In der Zeit von Montag, den 21. August, bis Sonnabend, den 2. September, findet eine neue allgemeine Abgabe von Lebens-

mitteln an die Bevölkerung von Charlottenburg statt. Es gelangen auf Abschnitt 5 der roten Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Teigwaren und auf Abschnitt 6 1/4 Pfund Gräupen zur Abgabe.

Ueber den Sacharinbezug herrschen in der Bevölkerung vielfach Irrtümlichkeiten. An den Magistrat gelangen täglich Anträge von Haushaltungen auf Zuweisung von Sacharinarten. Die Sacharinverteilung ist in Charlottenburg so geregelt, daß jeder Haushalt durch Vorzeigung einer Lebensmittelkarte monatlich ein Brieschen Sacharin in den Drogengeschäften und Apotheken erhält. Besondere Sacharinarten gibt es in Charlottenburg nicht.

Sozialdemokratische Notstandsinterpellation in der Weissenfer Gemeindevorstellung.

Unsere Genossen haben an den Gemeindevorstand folgende Interpellation eingereicht, deren Besprechung voraussichtlich in der am Dienstag stattfindenden Gemeindevorstellung geschieht: Das gedenkt der Gemeindevorstand zu tun, um die Kartoffelnot zu beseitigen und ist der Gemeindevorstand gewillt, die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln im kommenden Winter zu sichern. Ferner ersuchen wir, bei der Regierung dahin zu wirken, Maßnahmen zu treffen, diese Sicherstellung zu garantieren und die unerträglichen Preise herabzusetzen.

Gemeindevorstellung in Stralau.

Nachdem vom Ratrat der Gemeinde die Zusage erteilt wurde, daß den Gemeinden, welche Speisewirtschaften errichten, mit Lebensmitteln ausgeholfen werden soll, beschloß die Vertreterschaft vom 15. d. M. in der „Alten Taverne“, Alt-Stralau 25, eine Speisewirtschaft zum 1. September einzurichten. Die ganze Portion Esseg soll 40 Pf., die halbe 25 Pf. kosten. Den Teilnehmern werden jeden Sonntag von der Fleischkarte und von der Kartoffelkarte zwei Drittel für die ganze und ein Drittel für die halbe Portion einbezogen. Ferner wurde noch ein weiterer Ankauf von 300 Paar Kriegsschuhen beschlossen, der Verkauf soll im Rathaus in Kraft treten. Den Geschäftsleuten wurde für den Verlust beim Verkauf der Berliner Grundbesitz zugestimmt, die mit den 1. August in Kraft treten. Den Geschäftsleuten wurde für den Verlust beim Verkauf der schlechten Frühkartoffeln eine Entschädigung von 10 Proz. des Einkaufs bewilligt. Ein Besuch des Kreises um eine Beihilfe für die Dampfhilfe wurde abgelehnt, da die Absicht besteht, dem Verein für Illowo Mittel für derartige Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Die zukünftige Elektrizitätsversorgung für Weissenfer.

Mit dem 1. September 1916 geht, wie schon berichtet, das Gemeinde-Elektrizitätswerk in den Besitz des Märkischen Elektrizitätswerkes Aktiengesellschaft zu Berlin über. Das Märkische Elektrizitätswerk soll in Zukunft das Zentralwerk für die ganze Provinz Brandenburg werden. Der größte Teil der Aktien befindet sich bereits im Besitz der Provinz und es sitzen mehrere höhere Beamte der Provinz im Aufsichtsrat. Das Werk liefert den Gleichstrom an die Gemeinde, gemessen an der Schalttafel des Elektrizitätswerkes zu einem Preise von 0,2 Pf. für jede Kilowattstunde. Der Preis von 0,2 Pf. hat zur Voraussetzung, daß die Elektrizität durch Sondersteuer nicht belastet wird und daß der durchschnittliche Jahrespreis 18 M. für die Zone Kesselfohle von 7000 Wärmeinheiten, frei Kahn Berlin-Oberischneide, nicht übersteigt. Andernfalls erhöht sich der Preis um den anteiligen Betrag einer solchen Sonder-

steuer und für jede halbe Mark Kohlenpreis um 0,06 Pf. Im gleichen Verhältnis wird der Strompreis herabgesetzt, wenn der Kohlenpreis sinkt.

Die Gemeinde verpflichtet sich, für den Hochspannungsstrom 4,8 Pf. für die Kilowattstunde zu zahlen. Erfolgt von dem Märkischen Elektrizitätswerk die Lieferung des elektrischen Stromes aus der geplanten Fernkraftversorgung, so ermäßigen sich die von der Gemeinde zu zahlenden Preise um einen halben Pfennig auf 5,7 und 4,3 Pf. für die Kilowattstunde. Letztere Bedingungen sollen nach etwa vier Jahren eintreten. Sollte das M. E. W. einer anderen gegenwärtig zum Kreise Niederbarnim gehörigen Gemeinde einen niedrigeren Strompreis zubilligen, so ist auch der Gemeinde Weissenfer unter gleichen Verhältnissen der niedrige Strompreis zu gewähren. Hiernach tritt das M. E. W. lediglich als Lieferant auf, während die Gemeinde die Lieferung an die Konsumenten übernimmt und auch das Recht der Tarifierung behält. Zurzeit beträgt der Preis für Beleuchtungszwecke 35 Pf. pro Kilowattstunde und für Kraftzwecke 16 Pf. und je nach dem Mehrverbrauch bis herab zu 10 Pf. Der Herstellungspreis beim hiesigen Elektrizitätswerk hat sich bisher auf ungefähr 10 Pf. die Kilowattstunde gestellt, so daß nach den vom 1. September ab geltenden neuen Lieferungsbedingungen sich für die Gemeinde ein bedeutender finanzieller Vorteil bieten wird, der nach den heutigen Produktionsverhältnissen sich auf circa 120 000 M. Verdienst berechnen läßt, während der höchste eintägige Ueberdruck aus dem Elektrizitätswerk bisher 65 000 M. war. Die Gemeinde erhält von der Bruttoeinnahme des M. E. W. aus deren unmittelbaren Stromlieferung außerdem jährlich eine Abgabe von 2 Proz. bei Strompreisen bis zu 10 Pf. die Kilowattstunde, 3 Proz. von 10—15 Pf., 4 Proz. von 15—20 Pf., 5 Proz. von 20—30 Pf., 6 Proz. von 30 bis 35 Pf. und 7 Proz. bei 35 Pf. die Kilowattstunde. Willigt die M. E. W. einer anderen Berliner Vorortgemeinde einen höheren Rabatt zu, so wird auch der Gemeinde Weissenfer die höhere Abgabe gewährt. Auf den Strombezug für den eigenen Bedarf erhält die Gemeinde einen Rabatt von 16 Proz. auf die Tarifpreise. Der Vertrag ist auf fünfzig Jahre geschlossen worden, jedoch sind die Bedingungen so getroffen durch die Preisbegünstigungsklausel, daß keine Gefahr besteht, in späterer Zeit überteuert zu werden.

Jugendweibe in Adlershof. Die Jugendweibe für alle schulfähigen Kinder, die weder an einer kirchlichen noch sonstigen Einsegnungsfeier teilnehmen, findet Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim, Bismarckstraße 31, statt. Anmeldungen werden beim Genossen Max Schönfeldt, Handjerystraße 2, pt., bis Sonntag, den 31. August 1916, entgegengenommen. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß die Eltern der in Frage kommenden Kinder aus der Landeskirche ausgeschieden sein müssen.

Parteiveranstaltungen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow, Beeskow, Storkow, Charlottenburg.
Das Wahlvereinsbüro befindet sich in Reutßen, Redarstraße 3, Laden. Geöffnet täglich von 4—8 Uhr abends. Telefon: Amt Reutßen Nr. 1894.

Alle geschäftlichen Mitteilungen und Zuschriften sind zu richten an:

Paul Grassel, Reutßen, Redarstr. 3, Laden.

Alle Geldsendungen an

Max Freigang, Treptow, Graechstr. 24, 4 Treppen.

Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß wir für unsere Beitragsfasser einheitliche Legitimationen für den ganzen Kreis herausgeben und bitten Beiträge nur an mit diesem Ausweis versehenen Genossinnen und Genossen abzuführen. Die Ortsvorstände und Funktionäre werden gebeten, umgehend anzugeben, wie viel solcher Ausweisarten sie benötigen.

Berichte über Versammlungen, Jahlabend- und Versammlungsankündigungen usw. sind nicht an die Redaktion, sondern bis auf weiteres an den Unterzeichneten zu senden.

Weiter fehlen noch aus verschiedenen Orten die Adressen der Funktionäre, Leseseabendeleiterinnen und Leiter der Landagitation. Im Interesse der glatten Durchführung aller notwendigen Arbeiten wird dringend ersucht, uns umgehend diese Adressen zu übermitteln.

J. A.: Paul Grassel.

Niederbarnim.

Die zum 21. August einberufene Frauenkonferenz des Kreises kann nicht stattfinden, was die in Frage kommenden Genossinnen beachten wollen.

Lichtenberg. Alle diejenigen Eltern, die ihre jetzt aus der Schule entlassenen Kinder an der gemeinsamen Jugendweibe von Groß-Berlin teilnehmen lassen wollen, werden gebeten, unter Anrede der Veronalien des Kindes, eine demersprechende Mitteilung an den Bezirksleiter Leopold Jänemann, Lichtenberg, Eitelstr. 35, bis spätestens zum 25. August 1916, gelangen zu lassen.

Frauenleseabende.

Pankow. Der Frauenleseabend für Montag, den 21. d. M., fällt aus. Derselbe findet Sonnabend, den 26. cr., bei Weigner, Schloßstr. 2, statt. Herr Dr. Jabel wird über „Geschlechtskrankheiten, eine Begleiterkrankung des Krieges und deren Bekämpfung“, sprechen.

Steglitz. Dienstag, den 22. August, pünktlich 8 1/2 Uhr: Frauenleseabend bei Schellbase, Steglitz, Adornstr. 15a. Vortrag des Genossen Dr. Roser über „Geschlechtskrankheiten und ihre Untersuchungsgefahren“. Reges Beteiligung auch von Genossinnen aus Friedenau und Lichterfelde erwünscht.

Niederischneide. Dienstag, den 22. d. M., fällt der Frauenleseabend aus.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonnen-Groß-Berlin. Lesestunde haben nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung: Montag, den 21. August, Köpenicker Str. 62, Restaurant. Vortrag. Nach dem Vortrag praktische Verbandübungen. Sonntag, den 20. August: Delfische Uebung. Spielplatz Treptow, am Rappenteich. Die Mitglieder und Kursteilnehmer werden ersucht, pünktlich um 2 Uhr zu erscheinen.



Wichtig für Raucher!
Mäßiger Kriegsaufschlag.
Galem Aleikum
(Mohramundstück)
Galem Gold
(Goldmundstück)
Zigaretten
Willkommenste Liebesgabe!
Preis: Nr. 3 1/2 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück
einschließlich Kriegsaufschlag
Trastfrei!

Wirklich brauchbare Ersatz- Ohne Brotkarte!
Ztr. 38.—, 1/4, 10.50, 10-Pfd.-Elmer 5 M.
Kristeller, Berlin W 64, Bülowstr. 80. **Schmierseife.**

J. Baer Ich bin zurück!
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Moderne Herren- und Knaben-Anzüge.
Eleg. Paletots, Ullster Joppen jed. Preislag.
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung
Billigste, feste Preise.
Sahnstraße W. Thiedt, Kleinendborjer Straße 7. Behandlung woch. persönlid.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentuf,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—1 und 5—8.

Verband der Freien Volksbühnen

Neue freie Volksbühne / Freie Volksbühne

Geschäftsstelle: Berlin C 25, Liniestr. 227. Fernspr.: Amt Nord. 2944, 2945.

Beginn des Spieljahres am 1. September 1916.
Zur Aufführung gelangen:

Volksbühne, Theater am Bülowplatz

Vorstellungen des Deutschen Theaters, Direktion Max Reinhardt.

Kabale und Liebe, von Schiller
Schluck und Jau, von Gerhart Hauptmann
Die Macht der Finsternis, von L. Tolstoi
Emilia Galotti, von G. E. Lessing
Ein Wintermärchen, von W. Shakespeare
Die versunkene Glocke, von Gerhart Hauptmann
Macbeth, von W. Shakespeare
Meister Olaf, von August Strindberg
Tausend und eine Nacht, von Holger Drachmann
Die Kronprätendenten, von Henrik Ibsen
Einen Jux will er sich machen, von J. Nestroy

Deutsches Künstler-Theater

Schwarzer Peter, von Bergström und Larsen

Schiller-Theater, Charlottenburg

Die gelbe Nachtigall, von Hermann Bahr

Schiller-Theater O

Schirin und Gertraude, von Ernst Hardt

Lessing-Theater

Die gutgeschnittene Ecke, von Hermann Sudermann

Deutsches Opernhaus

Hoffmanns Erzählungen, von J. Offenbach

Ferner finden statt: **Erstklassige Konzerte, Kunst- u. Leseabende**

Einschreibegeld M. 1.10; jede Vorstellung M. 1.10 bis M. 1.30.
Jetzt ist die günstigste Zeit zum Beitritt! — Jedermann kann Mitglied werden.

Die Mitgliedschaft ist zu erwerben durch Einzeichnung in einer der durch Plakate gekennzeichneten, in allen Stadtteilen befindlichen Zahlstellen der Vereine oder an den Theaterkassen Hermann Tietz (Leipziger Straße, Alexanderplatz, Frankfurter Allee), in der Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Straße 68 und in der Geschäftsstelle des Verbandes der Freien Volksbühnen, C 25, Liniestraße 227. 35/3

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a.
(Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Anhalterstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Ami Zentrum 2090.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Prima Würstchen
100 St. 17.50 | Ger. Schinken kg 6.00
100 St. 15.00 | Mettwurst kg 4.80
100 St. 12.50 | Knoblauchwurst kg 4.00
Hutwurst, Rulo 3.40, von frischem, delt. Rohfleisch, Radin., Gipsb.-Berf.
Artur Schindler, Zwickau i. Sa. 19

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen
Bearbeitet v. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter
Preis 30 Pf.
Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebene.
Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung. Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Zigaretten
direkt ab Fabrik, völlig verstaubt.
1,8 Pf. 1000 Stck. 13.— IA
3 Pf. 1000 Stck. 19.— IB
4,2 Pf. 1000 Stck. 24.— IC
6,2 Pf. 1000 Stck. 37.50 ID
Versand u. Verkauf von 100 St. an geg. Nachnahme; ins Feld nur gegen Vereinsendung.
Zigarettenfab. Wilh. Schnur
Berlin N. 39, Chausseestr. 86.
Tel.: Norden 11766. Geöffnet Werktag von 8—6 Uhr. *

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister
Albert Gleiser Alexanderplatz
G. M. B. H. Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität: **Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen**
20 Jahre Garantie. Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 328, 428, 532, 640, 814, 992, 1038 bis 3500. Beste Verarbeitung.
Speisezimmer: M. 298, 333, 426, 505, 622, 791 bis 4000 | Wohnzimmer: M. 242, 369, 429, 643, 736, 850 bis 2500
Herrenzimmer: M. 209, 328, 487, 558, 627, 752 bis 3000 | Neuzeitl. Küchen: M. 51, 58, 75, 93, 125, 169, 249, 450
Säugendes Lager von ca. 500 Einrichtungen. Exakte Auswahl bis zum Auslieferungstermin. — Einzelmöbel ohne Preisermäßigung.
Frankfurterstraße durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude. Illustr. Katalog mit Referenzen gratis.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Kottb. Platz 10623, 8578. Bureau: Kungestr. 30

Branchen - Versammlung Musikinstrumentenarbeiter

Montag, den 21. August 1916, abends 8 Uhr,
im „Verbandshaus“, Kungestr. 30.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gewerkschafters, Kollegen B. S. i. n. g. e., über: „Unsere nächsten Aufgaben in der Vertragsfrage“. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. 3. Bericht der Kommission. 4. Branchenangelegenheiten.

Laden- und Kontormöbeltischler

Montag, den 21. August, abends 6 Uhr, bei Merkmann,
Große Frankfurter Straße 16.

Tagesordnung:

1. Die Verhältnisse in unseren Werkstätten. 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Korbmacher

Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauf 15 (Saal 4).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stabts. Ad. Ritter. 2. Branchenangelegenheiten.

Mitglieder-Versammlung

der Bezirke **Osten I, II, III**

sowie **Nord-Osten** und östliche Vororte

Montag, den 21. August (gleich nach Feierabend),
in den „Prachsfäden des Ostens“, Frankfurter Allee 48.

Tagesordnung:

1. Die Verhältnisse in unseren Werkstätten. 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Bezirk Norden

Montag, den 21. August, abends 5 1/2 Uhr, bei Wittner,
Schwedter Straße 23,
mit gleicher Tagesordnung.

In diesen Versammlungen werden die Delegierten-
listen ausgegeben.

Freitag, den 25. August, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauf 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Verwaltung. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der
Arbeitsvermittler und des Bibliothekars. 4. Ersatzwahl der Orts-
verwaltung und von Angestellten. 5. Anträge. 90/1

Die Ortsverwaltung.



Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
Kollegen.

- Paul Arndt**, Former,
geb. 6. 11. 1876 in Berlin.
- Willi Barsch**, Schlosser,
geb. 7. 10. 1888 in Koblau.
- Artur Blum**, Dreher,
geb. 13. 6. 1896 in Berlin.
- Emil Brache**, Helfer,
geb. 24. 12. 1883 in Berlin.
- Hermann Drewinski**, Schlosser,
geb. 18. 4. 1885 in Rastenburg.
- Paul Hoinke**, Arbeiter,
geb. 6. 8. 1889 in Neustadt.
- Otto Jung**, Klempner,
geb. 12. 5. 1893 in Berlin.
- Fritz Kieselbach**, Dreher,
geb. 28. 8. 1890 in Berlin.
- Franz Krüger**, Schlosser,
geb. 2. 8. 1886 in Tempelhof.
- Emil Kuhrt**, Arbeiter,
geb. 30. 10. 1881 in Spandau.
- Richard Lewack**, Bildner,
geb. 5. 12. 1885 in Berlin.
- Franz Lewitzke**, Elektromonteur,
geb. 12. 3. 1886 in Berlin.
- Max Meth**, Schlosser,
geb. 13. 4. 1880.
- Karl Mohwinkel**, Schlosser,
geb. 9. 4. 1892 in Berlin.
- Otto Obst**, Schlosser,
geb. 21. 7. 1896 in Gertner.
- Georg Orth**, Arbeiter,
geb. 25. 11. 1890 in Berlin.
- Rudolf Pape**, Dreher,
geb. 2. 8. 1886 in Braunschweig.
- Oswald Peters**, Schleifer,
geb. 8. 12. 1884 in Berlin.
- Fritz Pojas**, Graveur,
geb. 3. 3. 1890 in Glogau.
- Karl Protze**, Schlosser,
geb. 16. 7. 1890 in Berlin.
- Wilhelm Recklies**, Arbeiter,
geb. 29. 3. 1895 in Berlin.
- Max Schmädicke**, Dreher,
geb. 21. 7. 1888 in Berlin.
- Max Scholz**, Arbeiter,
geb. 8. 3. 1883 in Berlin.
- Willi Stulpe**, Gärtler,
geb. 19. 11. 1881 in Berlin.
- Artur Wolff**, Schlosser,
geb. 23. 10. 1880 in Elbing.

125/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltung Groß-Berlin.

Gefallen sind folgende Mitglieder:

- Hermann Sorge**, Bezirk Tegel.
- Karl Sentz**, Nordwest.
- Willi Lepke**, Ortner.
- Karl Fischer**, Südost.
- Emil Pahl**, Reinickendorf.
- Robert Schulze**, Niederlehme.
- Hermann Milis**, .
- Gustav Rau**, Oberhörsing.
- Wilhelm Riemer**, Norden.

125/15 Die Ortsverwaltung.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 28. Juli 1916 fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse, der
Lagerleiter

Karl Ziegler
Bezirk 53.

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 30. Juni fiel im Alter von 36 Jahren der Arbeiter

Karl Hildebrandt

Falkenbergstr. 12. Bez. 193 I.

Am 8. August fiel im Alter von 27 Jahren der Tischler

Reinhold Daus

Laufstr. 46. Bez. 161.

Im Lazarett starb im Alter von 40 Jahren der Arbeiter

Wilhelm Petroll

Gabelbergerstr. 5. Bez. 355.

Am 14. August fiel im Alter von 26 Jahren der Blumenarbeiter

Fritz Emmerich

Kastanienstr. 33. Bez. 168.

215/18 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 9. August fiel der Tischler

Albert Flügge

Prinz-Eugen-Str. 4. 20. Wdt., Bez. 794.

Am 4. August fiel der 30jährige Bahnarbeiter

Fritz Wittrin

Schulstr. 112. 20. Wdt., Bez. 794.

Am 28. Juli fiel durch Kopfschuß der 23jährige Klempner

Otto Jung

Stinemänder Str. 23. 8. Wdt., Bez. 601.

Am 5. August starb im Lazarett der 30jährige Barbier

Wilhelm Brümmer

Brillstr. 38. 21. Wdt., Bez. 766.

Am 1. Februar fiel der 37jährige Gastwirt

Richard Schatter

Buchholzer Str. 1. 7. Wdt., Bez. 637.

Am 11. August starb im Lazarett der 30jährige Former

Paul Arndt

Siemensstr. 13. 14. Wdt., Bez. 704.

Am 20. Juli fiel der 30jährige Kupferer

Wilhelm Schreer

Koloniestr. 31. 19. Wdt., Bez. 826a.

288/1 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkr.

Im Felde fiel der Metallarbeiter

Georg Orth

Bärnerstr. 29. Bez. 1.

238/19 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Es fiel unser Flügler, Genosse

Bruno Weber

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. Juli 1916 unser Genosse

Otto Duffner

Gabriel-Rag-Str. 4. 1. Viertel, 2. Gruppe.

245/6 Sozialdemokr. Wahlver. Niederbarnim. Bez. Lichtenberg.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 8. August im Alter von
31 Jahren unser Genosse, der Dreher

Hermann Drewinski

Lärtschmidstr. 48. Gruppe 60.

Als Opfer des Weltkrieges fiel im Juli im Alter von 29 Jahren
unser Genosse

Richard Jakob

Rene Bahnhöfstr. 4. Gruppe 55.

Soziald. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Rummelsburg.

Am 22. Juli 1916 fiel im Alter von 35 Jahren unser Genosse

Julius Rakewitz

Raustr. 23.

245/6 Soziald. Kreis-Wahlverein Niederbarnim, Bez. Borsigwalde.

Todes-Anzeigen

Als Opfer des Weltkrieges
seinem Vater folgend, starb am
8. August 1916 nach vollendetem
31. Lebensjahre mein innigst-
geliebter Mann, unser trauer-
gender Vater, unser Sohn und
Schwiegersohn, der Wehrlose

Hermann Drewinski.

Im Namen der Hinterbliebenen
Die Trauernde Gattin
Johanna Drewinski
geb. Pohle
sobst. seinen drei Kindern
Augusto Drewinski als
Mutter.

Familie August Pohle
als Schwiegereltern.
Wird früh vertrieben Du die
Deinen.
Die in der Heimat Mit're Tränen
um Dich weinen.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 10. Juli 1916 unser lieber
Sohn, der Kunstler

Paul Ehlert

Ref.-Ans.-Reg. 207, 7. Komp.,
im noch nicht vollendeten 21. Lebens-
jahre. 11175
In tiefem Schmerz
die trauernden Eltern
Ehlert und Frau.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Haus-
diener

Franz Tischer

von der Firma Franz Schmidt u.
Danisch, Gringelinnenstr. 16, am
Kittbush, den 16. d. M., im Alter
von 37 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 21. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Neußlin, Hermannstr. 132, aus-
statt. Die Bezirksverwaltung.

Am 17. August 1916 starb nach
längerem Krankenlager unser
lieber Kollege, der Schriftsetzer

Otto Brunow

geboren am 27. September 1845
in Berlin. 11255
Wir werden dem verstorbenen
Kollegen und langjährigen Mit-
arbeiter ein ehrendes Andenken
bewahren.
Die Einäscherung findet heute,
Sonntag, den 20. August, nach-
mittags 12 1/2 Uhr, im Kremato-
rium, Kleefeldstraße (Baum-
schulweg) statt.
Die Kollegen der
Norddeutschen Buchdruckerei,
Berlin.

Verband der Maler, Lackierer etc. Filiale Berlin.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß folgende
Kollegen auf den Schlachtfeldern gefallen sind:

- Der Maler **Johann Urbanski** (Bezirk
Osten)
am 5. Dezember 1915.
- Der Maler **Willi Erdmann** (Bezirk
Südwest)
am 23. Juli 1916.
- Der Maler **Karl Seepe** (Bezirk Westen)
am 26. Juli 1916.
- Der Maler **Wilhelm Rochow** (Bezirk
Nordost)
am 2. August 1916.
- Der Maler **Stefan Peterburs** (Bezirk
Kantölin)
am 4. August 1916.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Berlin.

Unsere Mitglieder bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß
folgende Kollegen als weitere Opfer des Weltkrieges auf den Schlach-
tfeldern zu verzeichnen sind:

- Otto Knabe**, Steindrucker,
gefallen am 18. Juli 1916 durch Granatplitze.
- Friedrich Obler**, Chemigraph,
gefallen im Osten.
- Rudolf Kappisch**, Lithograph,
gefallen am 9. Juni 1916 durch Artilleriegesch.
- Heinrich Hentschel**, Formstecher,
gefallen am 30. Juli 1916 durch Kopfschuß.
- Moritz Bierich**, Lichtdruck-Photograph,
extrant am 10. August bei Rettung eines Menschenlebens in
Königsberg i. Pr. als Landsturmmann.

Ein ehrendes Andenken werden wir ihnen allen bewahren.
108/19 Die Ortsverwaltung.

Ischias, Rheuma, Gicht, Nervenschmerzen.

In einem Tage von seinen entsetzlichen Schmerzen
befreit.
Herr Joseph Wilhelm, Wänden, schreibt: „Seit 2 Monaten
litt ich daran an Ischias, daß ich nicht gehen und nicht stehen
und das Bett nicht verlassen konnte. Ich hätte aufschreien
mögen der Schmerzen. Kein Mensch glaubt, was ich gelitten
habe. Nichts half mir. Da brachte mir meine Frau aus der
Apothek Logal mit. Die Wirkung war geradezu wunderbar.
Nachdem ich nur wenige Tabletten genommen hatte, war ich
vollkommen wieder hergestellt. Ich gebe daher jedem Leidenden
den Rat, sich sofort das überaus billige und unerschöpflich wirkende
Logal zu beschaffen. Niemand wird diese Ausgabe bedauern.“
Weshalb berichten viele Hunderte, welche Logal gegen Rheu-
matismus, Gicht, Gicht, Schmerzen in den Gliedern und
Gelenken sowie bei allen Arten von Nerven- und Kopfschmerzen
gebrauchen. Es gibt nichts Besseres. Alle Apotheken führen
Logal-Tabletten.

125/15 Die Ortsverwaltung.



In treuer Pflichterfüllung starben den Heldentod für das Vaterland im zweiten Jahre des Krieges unsere Angestellten



Wehrmann August Bielo,
Böttcher der Abteilung Nordwest,
Wehrmann Hermann Brüsewitz,
Reservefahrer der Abteilung Nordost,
Musketier Paul Büttner,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Nordwest,
Unteroffizier Nikolaus Camson,
Verwalter der Niederlage Lychen,
Musketier Erich Cibus,
Beamter des Centralbureaus,
Landsturmann Julius Ehlers,
Fahrer der Niederlage Kiel,
Unteroffizier Paul Ey,
Flaschenbiermitfahrer der Abt. Nordost,
Landsturmann Johannes Gading,
Buchhalter des Centralbureaus,
Wehrmann Otto Geraschewski,
Flaschenbierfabrer der Abteilung Nordost,
Vize-Feldwebel Carl Goldschmidt,
Buchhalter der Niederlage Kiel,
Kanonier Ferdinand Grünberg,
Flaschenbierfabrer der Abteilung Nordwest,
Wehrmann Paul Grunthal,
Fahrer der Abteilung Fürstenwalde,
Wehrmann Karl Gude,
Brauer der Abteilung Fürstenwalde,
Landsturmann Adolf Heidev,
Fahrer der Niederlage Osterburg.

Musketier Ernst Heintze,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Nordwest,
Landsturmann Max Hoffmann,
Verwalter der Niederlage Bromberg,
Musketier Willy Hoffmann,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Nordwest,
Wehrmann Otto Ideler,
Flaschenbierfabrer der Abteilung Spandau,
Gefreiter Kurt Junker,
Geführer der Abteilung Spandau,
Grenadier Paul Jurk,
Fahrer der Niederlage Weizow,
Landsturmann Richard Kallmann,
Flaschenbiermitfahrer der Abt. Nordost,
Landsturmann B. Kersten,
Fahrer der Niederlage Cüstria,
Wehrmann Max Kobsch,
Brauer der Abteilung Spandau,
Wehrmann Hermann Krause,
Schlossereiarbeiter der Abteilung Nordost,
Landsturmann Heinrich Krüger,
Arbeiter der Niederlage Frankfurt a. d. O.,
Unteroffizier Hugo Kubnert,
Verwalter der Niederlage Schneidemühl,
Garde-Fussartillerist Karl Kulicke,
Mitfahrer der Niederlage Cöperick,
Gefreiter Albert Kusserow,
Fahrer der Niederlage Eberswalde,
Wehrmann Hermann Lehnert,
Automitfahrer der Abteilung Spandau.

Gefreiter Fritz Lesbeck,
Fahrer der Niederlage Stettin,
Kanonier Carl Liebich,
Flaschenbierfabrer der Niederlage Lankwih,
Landsturmann Heermann Luth,
Flaschenbierfabrer der Niederlag. Hamburg,
Wehrmann Emil Matthes,
Beamter der Abteilung Nordost,
Wehrmann Berthold Natschke,
Böttcher der Abteilung Nordost,
Ersatzreservist Wilhelm Oertel,
Fahrer der Niederlage Wittenberge,
Landsturmann Joseph Prause,
Flaschenbierfabrer der Abteilung Nordost,
Unteroffizier Leo Proddöl,
Flaschenbierfabrer der Niederlage Cöpenick,
Wehrmann Wilhelm Radisch,
Brauer der Abteilung Fürstenwalde,
Musketier Otto Sella,
Buchhalter des Centralbureaus,
Wehrmann Albert Schreyer,
Hofarbeiter der Abteilung Nordost,
Landsturmann Wilhelm Thomas,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Nordost,
Ersatzreservist Wilhelm Winkel,
Fahrer der Niederlage Prenzlau,
Landsturmann Max Wolter,
Hofarbeiter der Niederlage Bernau.

Im ersten Kriegsjahre hatten wir den Verlust von 49 Angestellten zu beklagen.

Ehre ihrem Andenken!

Patzenhofer Brauerei.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Franz Burchard, Autoführer.
Paul Kanisch, Geschäftsführer.
Karl Klewert, Geschäftsdienner.
Otto Krieger, Bierfahrer.
Franz Nowack, Industriearbeiter.
Karl Patschke, Geschäftsdienner.
Karl Reinhold, Geschäftsdienner.
Wilhelm Stechbart, Arbeitst. uscher.
Richard Wauer, Autoführer.
Albert Wiskant, Geschäftsdienner.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Max Awiszus, Tischler, 26 Jahre alt.
Reinhold Daus, Tischler, 27 . . .
Albert Flügge, Tischler, 40 . . .
Karl Richter, Maschinenarb., 33 . . .
Max Schulze, Korbmacher, 36 . . .

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 25. Juli durch Granatschuss mein heißgeliebter, herzenguter Mann, der treuliebende Vater seiner zwei Kinder, der Landsturmann, Obergefreiter

Johann Klemp

im Alter von 42 Jahren.

In unsagbarem Schmerz Die trauernde Gattin
Anna Klemp geb. Schiele.
Charlotte und Herta als Kinder.

Berschnunden ist auf immerbar, was auf der Welt mein Liebste war. Für diese Trauer gibt es kein Vergessen, das Bild des ungeliebten lebt fort. Und ob auch Jahre kommen, Jahre gehen, noch klingt im Geist manch liebes Wort. Nun hat auch uns der Krieg entzissen, was unser Liebste auf der Welt. Ganz still ging er, der wir vermessen, um bald zu sterben in dem Feld. Der Weltkrieg hat ihn genommen! Kein Trostwort kann uns erlösen, denn ach! — er wird nie wiederkommen. Wir können nichts, als weinen — weinen. Es gibt ein Weh, das keine Worte schübert, und einen Schmerz, den niemals heilt die Zeit. 11188

Lieber Vater, schlaf in Ruh,
Unsere Liebe deckt Dich zu.
Berlin, Wilschiner Str. 54.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 8. August durch Kopfschuss unser guter Sohn und lieber Bruder

Reinhold Daus

im Alter von 27 Jahren.

Dies zeigen tiefbeträbt an
Eltern, Bruder u. Schwester,
Laußner Str. 45. 1428

Ruhe sanft in fremder Erde!

Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 28. Juli mein innigster Mann, guter Pfleger, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Wehrmann

Max Schädlich

im 36. Lebensjahre.

Er folgte seinem lieben Schwager, dem Unteroffizier

Walter Günnel

gefallen im September 1915.

Im tiefsten Schmerz die trauernde Gattin
Garda Schädlich geb. Laera
und Klein Herta.
Wilhelmine Schädlich als Mutter.
Frida Günnel als Schwester
nebst Kindern.
Hermann Schweigert als Schwager,
zurzeit im Felde.
Gerhard Trole als Schwager,
zurzeit im Felde.
Artur Schädlich als Bruder
nebst Frau und Kindern.
Ernst Schädlich als Bruder, zurzeit Garnison nebst Frau u. Tochter.
Emmi und Kurt Schädlich
als Geschwister.
Hedy und Paul Litzow.
Berlin-Orly, Oberplanitz
Hamburg, Schöneberg.

Am 11. Juli fiel durch Kopfschuss unser hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Stereotypen

Walter Schellenberg

Musketier im Inf.-Reg. 143.

In tiefer Trauer 11288
Franz Schellenberg und Frau.
Willy als Bruder, zurzeit im Felde.
Erna als Schwester.

Ruhe sanft in fremder Erde.

Beherrschte Erinnerung zum Sterbetage meines lieben, unversehrten Mannes, unseres lieben, guten Papas, Sohnes, Bruders, Schwagers des Landsturmannes

Karl Käsler

gefallen am 20. August 1915 durch Kopfschuss. 1428

Im tiefsten Schmerz
Frau Minna Käsler,
nebst Kindern.
Robert Käsler nebst Frau,
als Eltern.

Es war so schwer das Abschiednehmen, als fort Du zogst in Feindesland. Doch ach, wie schrecklich war die Stunde, als plötzlich kam die Traurkunde: Du hast und liehst uns allein. Du machst mein Stolz und mein Glück, nun kehrt Du immer zu uns zurück. Doch wer treu geschafft, bis ihm das Auge drückt, und lebend stirbt — o, den vergißt man nicht! So schlaf nun wohl, du edler Herz, erlöst von allen Schmerzen, das Bild, das Dich zu Tode traf, trag auch uns im Herzen.
Lieber Papa, ruh in Frieden,
Ewig vermisst von Deinen lieben Kindern Erna und Erich.

Gewidmet zum Sterbetage

am 20. August 1916.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. August 1915 mein lieber, unversehrter Mann, Sohn, Bruder, Schwager, Schwager und Onkel, der Landsturmann

Fritz Buße.

Für diese Trauer giebt es kein Vergessen. —
Das Bild des Dahingegangenen lebt fort. 1118

Im tiefstem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen
Martha Buße geb. Röder.

Als Opfer des Weltkrieges verchied am 2. August 1916 an einer schweren Verwundung unser lieber Freund und Kollege, der Tischler

Max Awiszus

Ref.-Feld.-Artillerie-Reg. Nr. 1,
im blühenden Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren 1878

Die Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Edison-Akkumulatoren-Company,
Berlin, Drontheimer Str. 33-35.

Ein Opfer des Weltkrieges wurde am 27. Juli d. J. durch Granatsplitter mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Cousin, der Musketier

Alfred Metzke

Infanterie-Reg. 153, 11. Komp.
im jugendlichen Alter von 18 1/2 Jahren. Im Namen aller Hinterbliebenen

Frau Emma Metzke.
M-Glied im August 1916.

Durch unheilvolles Schicksal waltete erlich uns Dich des Krieges Gut, den Schmerz wir stets im Herz behalten. Drum schlumm're sanft, Du warst so gut.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Blumenpenden beim Heimzuge unserer geliebten Mutter, Schwieger- und Großmutter

Emilie Koch

geb. Dinger

sage ich allen, insbesondere Herrn Balder Menesse für die herzlichsten Worte an der Bahre der Entschlafenen, sowie den Sängern im Namen der Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank. 1378

Otto Koch.

Als Opfer dieses furchtbaren Weltkrieges starb den Heldentod am 28. Juli 1916 unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der Grenadier

Bruno Jaeschke

Gren.-Regt. 12, 9. Komp.
kurz vor Vollendung seines 20. Lebensjahres.

Er folgte seinem Bruder Paul, gefallen am 19. Mai 1915.

Die tiefbeträubten Eltern, Geschwister und Verwandten.

Für Harbt für uns alleu schick, Vergessen werden wir Euch nie.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 17. August verstarb unser Parteigenosse

Karl Beckmann

Welschestr. 62, 5. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 21. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Neuköllner Gemeindefriedhof, Parkenbacher Weg, statt. 298/17

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.

Berein zur Förderung des Wandersports unter den organisierten Parteigenossen Groß-Berlins.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Mitbegründer unseres Vereines, der Genosse

Hugo Krüger

an den Folgen von Schußverletzungen am Montag, den 14. August, in einem Feldlazarett verstorben ist.

Wir verlernen in ihm den besten Mitarbeiter und Förderer des Vereines.
Sein Andenken wird in uns fortleben und wir werden uns seiner stets dankbar erinnern.

1/16 Der Vorstand.